

SGA-BULLETTIN

1/96

Zeitung der Sozialistisch-Grünen Alternative Zug

März 1996



100 Jahre Landis & Gyr

Neue SGA-Gemeinderätin in Zug

Am 5. März 1996 hat die scheidende Co-Präsidentin der SGA Stadt Zug, Anita Stadler, Einsitz in den Grossen



Gemeinderat der Stadt Zug genommen. Sie rutscht als nächstfolgende auf der Liste SGA und Parteilose nach für Dana Zumr.

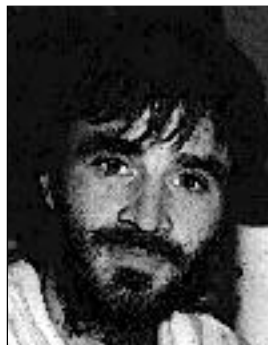
Die Fraktion freut sich auf die Zusammenarbeit mit Anita und ist sicher, dass sie auch im GGR bald eine wichtige Rolle spielen wird. Dana Zumr, die ehemalige Leiterin des Zuger Gleich-

stellungsbüros, musste sich nach der Schliessung des Büros durch den Kantonsrat auf Ende 1995 beruflich neu orientieren und arbeitet seit Anfang Februar als Wochenaufenthalterin in Bern. Die neue berufliche Situation und die geographische Lage ihres neuen Arbeitsplatzes haben sie zum Rücktritt aus dem GGR bewogen.

Wir danken ihr an dieser Stelle für den Einsatz und wünschen alles Gute für die neue Herausforderung in Bern.

*Martin Stuber, Fraktionschef
SGA und Parteilose im GGR*

Die Rückeroberung ...



Esther Häsler, Johannes Pfister und Barbara Fehlmann (von links nach rechts) haben einen beträchtlichen Teil der Zuger Unterschriften für umverkehR gesammelt.

... hat am 20. März mit der Einreichung der umverkehR-Initiative offiziell begonnen. Gratulation und gegenseitiges Schulterklopfen sind angebracht. In diesem Sinne auch vielen Dank an Barbara Fehlmann, die die Unterschriftensammlung in Zug koordinierte.

Mit dem Zustandekommen der Initiative ist das Ziel erreicht – die Diskussion über unsere Mobilität wurde erzwungen. Diese ist angesichts der Orientierungslosigkeit in der Verkehrspolitik dringend notwendig. Wir müssen uns entscheiden, welchen Weg wir einschlagen wollen. Eine Loslösung vom Auto scheint in diesem Zusammenhang

sinnvoll, denn: Die Forderung der Initiative wird sowieso erreicht werden, wir brauchen nur noch zu entscheiden, ob wir es freiwillig tun oder ob wir auf den Kollaps warten wollen. Tatsache ist doch nicht, dass es so nicht weitergehen kann, sondern dass es so nicht weitergehen wird. Amen. Gehet in Frieden, gehet zu Fuss.

P.S.: Wie immer noch eine kleine Bitte um Almosen. Heutzutage ist bekanntlich nichts mehr gratis, auch die Unterschriftsbeglaubigungen. Wer der knappen umverkehR-Kasse helfen will, tue dies mit einer grosszügigen Spende auf das Postcheckkonto 80-67097-2.

Inhaltsverzeichnis

Endlich Einsicht in den Zuger Staatsschutz	
«Ausser, dass er Mitglied der LMR ist, ist nichts Nachteiliges bekannt	Seite 4
«Zuger Presse»	
Vom Witz der zweiteiligen Zange	Seite 6
100 Jahre L & G	
Zukunftsgläubige, Industriekapitäne und verlorene Söhne	Seite 8
Sieben magere Jahre	Seite 13
«Es ging in den letzten Jahren viel Know-how verloren», Interview mit Ruedi Amrein	Seite 16
L & G Pensionskasse	
«Eine L & G kann man doch nicht bevormunden»	Seite 22
Frontal	Seite 23
Konstruktives Referendum	
Es wird langsam Zeit...	Seite 24
Regierungsrat	
Fichen, Asylunterkünfte und Universale Kirche	Seite 25
Kantonsrat	
Geld regiert die Debatten	Seite 26
«Die Gegenwart ist nichts für die Sinne»	Seite 29
Verein für Arbeitsmarktmassnahmen	
Bestimmt nicht arbeitslos	Seite 27
Spitalplanung	
Hin zur Zweiklassenmedizin?	Seite 30

Impressum

SGA-Bulletin Nr. 1/96, März 1996; erscheint viermal jährlich.
Herausgeber: Förderverein pro SGA-Bulletin
Adresse: SGA-Bulletin, Postfach 829, 6301 Zug, Telefon 711 86 33
Redaktion: Margit Gigerl, Reto Hunziker, Daniela Meyer, Martin Stuber, Thomas Ulrich, Brigitte Weiss
Belichtung und Druck: Victor Hotz AG, Steinhausen
Auflage: 1100
Abonnements: Fr. 20.-; Mitgliederbeitrag Förderverein: Fr. 100.-
Redaktionsschluss Nr. 2/96: Montag 12. Juni; Erscheinungsdatum Montag, 28. Juni 1996.

Zum 100. Geburtstag verliert Landis & Gyr ihre Eigenständigkeit

Kein anderes Unternehmen hat die Zuger Geschichte in den letzten hundert Jahren so nachhaltig geprägt wie der Landis-&-Gyr Konzern. Seit Jahrzehnten ist Landis & Gyr grösste Arbeitgeberin im Kanton Zug. Heute zählt das Unternehmen noch rund 3000 Beschäftigte am Standort Zug und hat einen weltweiten Umsatz von knapp 3 Milliarden Franken. In den besten Zeiten waren es schon mal gute 5000 MitarbeiterInnen, 40% von ihnen wurden in den letzten 8 Jahren wegrationalisiert beziehungsweise frühzeitig in Pension geschickt.

Seit dem Einstieg von Stephan Schmidheiny als grösster Minderheitsaktionär wurde der Konzern durch seinen Statthalter Willy Kissling komplett restrukturiert. Ziel war es, aus dem traditionsreichen Zuger Unternehmen einen internationalen Konzern zu schaffen, der zu den global führenden Marktalternativen gehört. Gleichzeitig wurde die Latte mit einer zweistelligen Rendite des Investorenkapitals sehr hoch angesetzt. Das war kein einfaches Erbe für die neue Konzernleitung, die ein leicht angeschlagenes Unternehmen mit einem tiefen Pro-Kopf-Umsatz aus den Händen der Familienpatrone Gottfried Straub und Andreas C. Brunner übernommen hatte. Beide Ziele sind heute weitgehend erreicht, was natürlich auch seinen inzwischen bekannten Preis hatte. Meine persönliche Bilanz fällt daher kritischer aus, als dies



jetzt von offizieller Seite zum runden Geburtstag geschieht.

Als Mitarbeiter habe ich die letzten 10 Jahre der hundertjährigen Geschichte hautnah miterlebt. Der grösste Verlust sind sicher die rund 2000 Arbeitsplätze am Standort Zug. Hinter jedem dieser Arbeitsplätze stand ein Mensch, der seine Arbeit verloren hat oder sie zumindest frühzeitig mit finanzieller Einbusse aufgeben musste. Für die einen war es eine Chance, einen neuen Anfang zu machen, andere blieben bis heute arbeitslos. Menschliche Schicksale, die in unserer Gesellschaft nicht oder bestenfalls als Randerscheinung wahrgenommen werden. Dass es auch mich hätte treffen können, werde ich mir gerade beim Schreiben dieser Zeilen wieder bewusst. Ironie der Geschichte ist, dass es Willy Kissling als Präsident der Konzernleitung jetzt selber trifft, obwohl er seinen Abgang als eigene Entscheidung darzustellen versucht. Nach der Veröffentlichung des Untersuchungsbe-

richtes über die Pensionskasse dürfte ihm seine Entscheidung leicht gefallen sein. An seine Unschuld am 170-Millionen-Loch der Pensionskasse kann zurzeit niemand mehr richtig glauben. Der Verkauf von Landis & Gyr kommt ihm sicher nicht ungelogen. Als harter Sanierer hat er sich viel Lorbeeren geholt, die ihm wegen der Pensionskassen-Affäre zu Recht wieder streitig gemacht werden.

Unter Leitung von alt Bundesrat Fritz Honegger verhandeln die Beteiligten des PK-Debakels über einmalige Zuschüsse in die Pensionskasse, um den vollen Deckungsgrad wieder zu erreichen. Diese Lösung wird anscheinend einer strafrechtlichen Aufklärung der Verantwortung vorgezogen. Nach der Übernahme durch die Elektrowatt dürfte sich die Situation kaum beruhigen. Die anstehende Integration von Stäfa Control wird weiter zu kurz- und mittelfristigen Veränderungen führen. «Radical Change», ein geläufiges Schlagwort der alten Geschäftsleitung, dürfte auch unter der neuen Leitung von Oscar K. Ronner Bestand haben. Es bleibt zu hoffen, dass sich die Synergien nicht im blossen Arbeitsplatzabbau erschöpfen. Innovative Lösungen zum Erhalt der Arbeitsplätze sind höher zu werten als kurzfristige Renditesteigerungen für die Investoren. Ob bei Elektrowatt eine andere Philosophie herrscht, wird die Zukunft zeigen.

■ Jörg Rüttimann

«Ausser, dass er Mitglied der LMR ist, ist nichts Nachteiliges bekannt»

Gisela Hürlimann

«Man sollte sich die Gesichter, Kleider etc. dieser Menschen gut merken, (...) den Chef oder andere kompetente Angestellte diskret informieren, weiter beobachten, wohin die TäterInnen gehen und nach Möglichkeit sofort die Polizei konsultieren, die Täter aber im Auge behalten. Ein ganz wichtiger Faktor ist, dass man sich selber nie in Gefahr bringt.» Diese Tips gab der einstige Zuger Staatsschutz-Beamte Walter Steiger in der «Zuger Woche» (29.11.95). Da im Kanton Zug seit 1990 nicht mehr fichiert wird, galten die Ratschläge nicht der Observation von potentiellen StaatsfeindInnen, sondern schlicht und einfach der Vermeidung von Ladendiebstählen. Aber das in jahrelanger Überwachung unserer LeserInnen trainierte Auge ist unverkennbar. Nun, da von der neuen JPD-Leitung kantonale Staatsschutzakten und damit die Existenz einer eigenverantwortlichen Zuger Schnüffelpolizei anerkannt wird, bietet sich die Gelegenheit zu einer ersten, nicht repräsentativen Auswertung der Zuger Staatsschutztätigkeit. Seit Januar dieses Jahres haben diejenigen, die seit 1990 Gesuche um Einsicht in ihre Dossiers auch im Kanton Zug gestellt haben, ihre Karteikarten mitsamt Dossiers und zusätzlichen Akten von der Justiz- und Polizeidirektion ins Haus geschickt bekommen. Hanspeter Uster befolgt damit

eine entsprechende, von ihm ausgehandelte Weisung des eidgenössischen Sonderbeauftragten René Bacher vom Herbst letzten Jahres. Wie es dazu kam, wozu andere Kantone noch heute nicht bereit sind, damit beschäftigt sich der Bericht aus dem Regierungsrat.

Innerschweizer Staatsschutz

Das Malaise hatte ja mit der rechtlich nicht haltbaren Vereinbarung der kantonalen und städtischen Staatsschutzaktivitäten als Bundessache durch Bundesrat Arnold Koller bereits im Dezember 1989 begonnen. Während einige

Kantone und die Städte Zürich und Basel sich dagegen wehrten und früh versuchten, selber Einblick in die Akten gewähren zu dürfen, waren andere, so auch die Innerschweizer, heilfroh. Sie konnten kaum vom Aktenzerstören abgehalten werden oder schickten ihr Stasi-Archiv statte pede nach Bern. So machte es auch die Zuger Regierung, die – nach der Mitte Dezember 1989 eingereichten Interpellation Uster/Landolt im Kantonsrat zur «Staatsschutzaktivität im Kanton Zug und zum PUK-Bericht» – die Zuger Akten nach Bern schickte bzw. bis auf die Anforderung durch Bern im März 1990, die Akten einzuschicken, war-

Einsicht in die Akten der Bundespolizei: Verfahren

Sehr geehrte Frau
Sehr geehrter Herr

Wir beziehen uns auf Ihr Einsichtsgesuch und danken Ihnen herzlich für eine Fotokopie der Karteikarte, die der Polizeidirektor der Bundesanwaltschaft (Zürich) an Ihrer Person angelegt hat.

Aus dieser Kopie sind alle Informationen verschlüsselt, die gemäss Verordnung des Bundesrates vom 8. März 1984 offenzulegen sind (vergleichen beiliegendes Merkblatt).

Die Karteikarte kann nicht verschlüsselt werden, da einzelne Einträge noch bearbeitet werden.

Mit freundlichen Grüßen

Der Sonderbeauftragte

Dr. iur. Walter Uster
Mit Unterschrift

Schon lange her: Versand der Fichen. Nach Jahren des Wartens sind endlich auch die Dossiers verschickt worden.

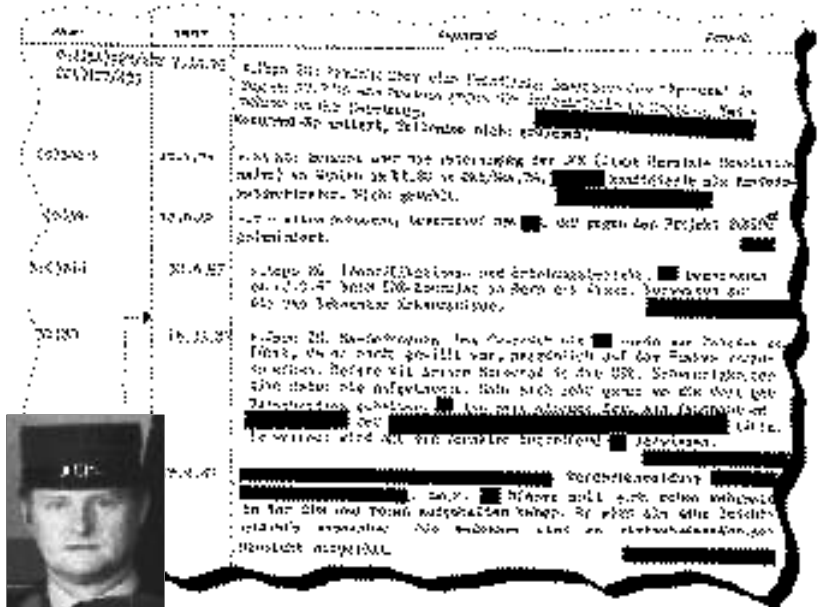
tete und dann erst die Interpellation beantwortete. Besonders interessant wird die Nachlese des heissen Herbstes/Winters 1989/90 auch unter Einbezug anderer politischer Ereignisse: Wer erinnert sich noch an die Anschläge der Patriotischen Front im Lauf des Jahres 1989 und an das polizeiliche Versagen vor der Durchgangsstation?

Das Kommando für diese kläglich zurückhaltenden Einsätze der Kapo gegen die schlägernden Fröntler hatte Ernst Steiner, der auch für die Zuger Staatsschutztaetigkeit verantwortlich war und einem Stasi-Beamten im 50%-Pensum vorstand. Dem linksgrünen Druck von Parlament und Strasse nach einer Untersuchung oder sogar PUK in der Kapo wollte die Regierung lange nicht nachgeben. Denn man hatte die Bewegungen ja im Griff – sowohl die rechte, gewalttätige und menschenverachtende als auch die als links eingestufte, die dagegen protestierte. Oder wie es ein damaliger Polizeioffizier in seinem Kommentar zum immensen Polizeiaufgebot anlässlich der Demo «Gegen Fremdenfeindlichkeit» und des gleichzeitig stattfindenden Protestpiketts der Fröntler in Rotkreuz sah: «Wir wollten zeigen, dass wir die Bewegungen unter Kontrolle haben» (ZN 25.11.89).

Da die Bulletin-Redaktion leider keine Akten von fichierten Fröntlern vor sich hat, können wir nur bestätigen: Man hat versucht, unsere Bewegung unter Kontrolle zu halten, schon seit Jahren, mit mehr oder weniger Erfolg und auf mehr oder weniger schwerwiegende Weise.

«Eigenständiger» Zuger Staatsschutz

Die vergleichende Auswertung einiger Zuger Post mit den schon länger bekannten Bundesfichen erbringt den empirischen Beweis: Beim Bund wurde nicht alles ver-



Mehr über die Zuger Staatsschützer (kleines Bild: Walter Steiger) und den Inhalt der Fichen und Dossiers lesen Sie im nächsten Bulletin.

zeichnet, was den Zuger Staatsschützern bemerkenswert schien. Und wenn auch oft die Bundesanwaltschaft als Auftraggeberin auftrat, so geht aus vielen Akten ein durchaus eigenständiges Zuger Interesse am Observieren der Opposition hervor.

Zwischen 1959 und 1989 waren im Kanton Zug 2100 ausländische Staatsangehörige (davon 700 AsylbewerberInnen), 1050 SchweizerInnen und 400 Firmen und Organisationen «nachrichtendienstlich erfasst» worden. Rund vierzig der Erfassten haben auf ihr Gesuch hin kürzlich ihre kantonalen Akten bekommen. Über die anderen 3100 Fichierten wird man die nächsten 35 Jahre lang nichts mehr erfahren, weil die Zuger Akten nach dem Einsichtnahmeverfahren, das zum Zeitpunkt des Erscheinens dieses Artikels abgeschlossen sein dürfte, im Staatsarchiv eingelagert werden. Sowohl das Schweizer wie das Zuger Komitee «Schweiz ohne Schnüffelstaat» (S.O.S.) haben in der Vergan-

genheit die Benachrichtigung aller Fichierten gefordert. Hanspeter Uster hält diese Forderung für unrealistisch, denn das «gäbe zuviel Arbeit». Man könne nicht erwarten, dass der Staat von sich aus aktiv wird, findet Uster. Und rät denjenigen, die noch immer vermuten, dass auch die Stadt Zug Staatsschutz betrieben hat, selber Gesuche zu stellen. Um ein Haar hätten wir überhaupt kein historisches Staatsschutzgedächtnis mehr im Kanton Zug. Dann nämlich, wenn unser Justizdirektor die Empfehlung des damaligen Sonderbeauftragten Gut von 1991 befolgt hätte, die kantonalen Karteikarten und «Duplikate» der «Bundesakten» doch zu vernichten. Der Kanton Schwyz hat's gemacht. Im Kanton Luzern wurden und werden die Luzerner Akten als Kopien der Bundesakten behandelt und versiegelt aufbewahrt – ob sie je geöffnet, vernichtet oder archiviert werden, ist gemäss den Aussagen von Rolf Koch von der Kantonspolizei Luzern ungewiss. □

Vom Witz der zweiteiligen Zange

Vor allem dem Interesse Daniel Brunners ist es zu verdanken, dass dem Unmut über die Zeitungsfusion in der Innerschweiz nicht nur Biertischsprüche, sondern Taten folgten. Überraschenderweise erhielt sein Aufruf sofort tatkräftige Unterstützung von seiten der FDP. In drei Monaten hat ein mehrparteiliches Aktivistengremium inzwischen den Countdown zur Lancierung einer unabhängigen zweiten Zeitung im Kanton eingeleitet.

Adrian Hürlimann

Die entscheidende GV der Luzerner Aktivisten und GründerInnen einer zweiten Zeitung im vergangenen November hatte in Zug offensichtlich kein Echo gefunden. Es wurde bald klar: die nehmen uns nichts ab. «Luzern heute» würde sich ganz auf die Agglomeration Luzern ausrichten, und Zug läge definitiv ausserhalb des Aktionsraumes. Daniel Brunner trommelte folglich kurz vor Weihnachten einen ersten Kreis von Interessierten im eigenen Kanton zusammen. Erstaunlicherweise erhielt der Gedanke der Gründung einer zweiten Zeitung im Kanton Zug sofort Unterstützung aus FDP-Kreisen. Hans-Rudolf Wild, Präsident der städtischen FDP bis 1995, liess sich für den Vereinsvorstand gewinnen und stellt sogar seine Büroadresse zur Verfügung.

Der Verein «Zweite Zeitung» nahm Gestalt an. Der Vorstand besteht aus Hans-Rudolf Wild, Präsident, Daniel Brunner, Vize-, FDP-Kantonsrat Matthias Michel, Raphael Roschy (CVP, Oberwil), Aktuar, Brigitte Profos (SP-Kantonsrätin, Oberwil), Stephan Huber (CVP), Kassier, und Tagesschau-Redaktor Werner Gattiker (FDP, Cham).

Als Berater stand von Anfang an Bernhard Ott zur Verfügung, der Leiter der Unionsdruckerei Schaffhausen, der auch die LuzernerInnen beraten hatte. Es war klar, dass ein unheimliches Tempo angeschlagen

Informationen

Vereinsunterlagen, Zeichnungsscheine und Statutenentwürfe erhalten Sie durch: Verein «Zweite Zeitung», Kolinplatz 2, 6300 Zug (oder per Fax: 042/21 74 24).

werden musste, schliesslich hatte «Luzern» bereits im Dezember eine Nullnummer herausgebracht. Es galt, die aussteigenden AbonnentInnen der «Neuen Zuger Zeitung» aufzufangen.

Vereinsmeierei mit Turbo

Aber ganz so schnell ging es eben nicht. Erste Beitritts- und Spendenaufrufe wurden veröffentlicht, wobei auch CVP- und SP-Prominenz Flagge zeigte. Bernhard Ott wurde als Projektbegleiter verpflichtet. Ende Januar waren 34'000 Franken beisammen, gespendet von 220 Mitgliedern. 90 Interessierte wohnten der ersten, konstituierenden Versammlung des Vereins bei. Am gleichen Tag traf sich erstmals eine Konzeptgruppe, welche zusammen mit Ott die möglichen Varianten prüfte und vor allem den Finanzbedarf errechnete.

Die Gruppe, bestehend aus Brunner, Gattiker, Marketingberater Patrick Wissmann, Amtsblatt-Druckerei-Chef Josef Speck, dem Journalisten Pascal Schumacher, mir selbst und weiteren, tagte bisher dreimal und rechnete vor allem Budgetentwürfe durch.

Die Variante Wochenzeitung schied bald aus, weil Angaben über das mögliche Inseratevolumen schlicht nicht zu eruieren waren. Die Diskussion beschränkte sich fortan auf die Varianten «Dreimal pro Woche» bzw. Tageszeitung. Wie in Luzern zeigte sich, dass die Tageszeitung soviel teurer gar nicht zu stehen kommt, weil die Infrastruktur und die Lohnkosten sehr ähnlich aussehen. Unterschiedlich bewertet wurde aber die Inseratesituation. Fachleute der Akquisition auf dem Platz Zug hielten die tägliche Eindeckung schlicht für unrealistisch. Auch bei dreimaligem Erscheinen müsste man sich mit einer halben Seite pro Ausgabe begnügen, eine Seite wäre bereits optimistisch veranschlagt. Zudem wollte man das Produkt als typische Zweitzeitung anpreisen, der Abopreis musste folglich entsprechend tief angesetzt werden (rund 160 Franken). Also wurde der Budgetentwurf einer Abmagerungskur unterworfen. Auf der Strecke blieben eine professionelle Verlagsleitung ebenso wie die Frühzustellung per Bote.

Pressant: die «Zuger Presse»

Hatte man ursprünglich mit einem Finanzbedarf (Aktienkapital) von 1,6 Millionen gerechnet, so empfahl die Konzeptgruppe dem Verein schliesslich die Zielvorgabe von 2 Millionen Franken. Es sollte um jeden Preis vermieden werden, dass die Leserschaft bereits nach zwei Jahren um Spenden zwecks Überle-

benssicherung angefragt werden müsste. Bereits am 1. März konnte das bereinigte Projekt der zukünftigen Leserschaft vorgestellt werden. Als Titel hatte, unter hunderten von Vorschlägen, der Name «Zuger Presse» die Zustimmung des Vorstandes gefunden. Das Produkt soll am 23. August erstmals erscheinen. Geplant sind pro Ausgabe 16 Seiten, verteilt auf zwei Bünde. Die Redaktion soll inklusive Chefredaktion 550 Stellenprozente umfassen. Gemäss Finanzplan soll in vier Jahren, also mit dem Geschäftsjahr 2000, erstmals kostendeckend gearbeitet werden. Voraussetzung ist ein stetes Wachstum der Auflage von 2800 auf 5000 Exemplare, ebenso des Inseratevolumens von 0,75 auf zwei Seiten. Die Gesamtkosten betragen im ersten vollen Geschäftsjahr 1,6 Millionen, im vierten 1,78 Millionen. Dem stehen Einnahmen, ansteigend von rund 1 auf 1,8 Millionen, gegenüber.

Beherrschung durch einzelne soll ausgeschlossen werden

Seit März läuft auch die Aktienzeichnung. Die Neue Presse Zug AG wird, so sehen es die provisorischen Statuten vor, Ende Juni gegründet, wenn bis zu diesem Zeitpunkt ein Kapital von 2 Millionen Franken gezeichnet ist. Die Anteilscheine sind zu Fr. 1000.– gestückelt. Kein Aktionär darf mehr als zehn Prozent des Gesamtkapitals erwerben, juristische Personen oder Interessengruppen, die durch Absprache verbunden sind, gelten als eine Person und können vom Verwaltungsrat abgelehnt werden. Damit wird die Unabhängigkeit der Zeitung garantiert. Daniel Brunner wird diesen Maximalbetrag zeichnen, weitere InteressentInnen haben die Zeichnung von Anteilen in ähnlichem Umfang zugesichert. Auch der Verein selbst wird sein Vermögen (rund 40'000 Franken) einbringen.



Der Weg zur Zeitung ist mit viel Papier gepflastert: Raphael Roschy, Hans-Rudolf Wild, Dani Brunner, Werner Gattiker (v.l.) an der Info-Versammlung vom 29. Februar im «Brandenberg». ■ Bild Adrian Hurlimann

Dennoch ist das gesteckte Ziel nicht einfach zu erreichen.

Was das Produkt betrifft, so soll die «Zuger Presse» eine ganz spezifisch für den Kanton Zug konzipierte Zeitung sein. Sie soll nur beschränkt über nationale und internationale Themen berichten, dafür Themen, die den Kanton Zug betreffen, detaillierter als die Konkurrenz beleuchten. Dies gilt für politische, kulturelle, wirtschaftliche und sportliche Themen. Die «Zuger Presse» soll zudem als Sprachrohr für die Bevölkerung fungieren. Politisch gesehen, soll das Blatt unabhängig, objektiv, fair und möglichst vollständig berichten.

Verboten: der tote Buchstabe

Aufträge für Layout- und Konzeptentwürfe sind vergeben, Druckofferten liegen vor. Das Interesse der zukünftigen LeserInnenchaft wird mittels eines mehrmals erscheinenden Newsletters wachgehalten. Eines ist sicher: Der Zuger Öffentlichkeit, soweit sie diesen Na-

men überhaupt noch verdient, steht ein spannendes Abenteuer bevor. Sorgen wir dafür, dass es nicht zu einer frustrierenden Niederlage wird! Mit der Sanierung von Schulhäusern und prächtigen Verkehrs- und Abfallkonzepten ist es nämlich nicht getan. Die öffentliche Diskussion und Meinungsbildung ist ein viel zu wichtiges Gut, um einem ausserkanton domizilierten, fremdbestimmenden Unternehmen im Alleingang anvertraut zu werden. Information blüht nur da, wo Konkurrenz gepflanzt worden ist. Information darf nicht verwaltet werden, sie unterscheidet sich von der blossen Verlautbarung, die von den Entscheidungsträgern von weit oben nach ganz unten in unsern Briefkasten sickert. Information erhält erst dann ihre spezifische Qualität (auch Witz genannt), wenn die ach so beredten Entscheidungsträger in die Zange des Dialogs genommen werden. Zu einer Zange gehören jedoch zwei Teile. Eine einteilige Zange macht niemanden heiss. Und witzlose Information erst recht nicht. □

Zukunftsgläubige, Industriekapitäne und verlorene Söhne

Wer auf die 100jährige Firmengeschichte der Landis & Gyr zurückblickt, hat auch mindestens ein ganzes Jahrhundert Zuger Industrie- und Wirtschaftsgeschichte vor Augen. Denn der einstige Handwerksbetrieb hat als multinationaler Konzern und grösster industrieller Arbeitgeber im Kanton dessen Geschicke nachhaltig geprägt.

Margit Gigerl

100 Jahre hinterlassen ihre Spuren, zweifelsohne. Unübersehbar, klotzig und breit, nimmt Geschichte architektonische Gestalt an und viel Raum ein. Das Theilerhaus, die Bauten an der Gubelstrasse, immer von neuem erweitert, schliesslich die Grafenau, Baustil des ausgehenden 20. Jahrhunderts. Mit der Exaktheit unseres Zeitalters lässt sich Geschichte in wachsenden Produktionsflächen, steigendem Cash-flow, in hohen oder tiefen Renditen, Beschäftigtenzahlen und Erwerbstätigen nach Wirtschaftssektoren messen. Die Spuren, die der grösste Arbeitgeber eines Kantons in den Biographien der Frauen und Männer hinterlässt, sind da schon feiner, verborgener. Ebenso unentzifferbar mitunter wie die Handschrift, die Politik, Justiz oder öffentliche Meinung prägt, zumal im Kanton Zug. Also beginne ich doch dort, wo ein Anfang festzumachen wäre: 1896.

«Revolution» mit Verspätung

1896 – Zug befand sich mitten im industriellen Take-off, mit Verspätung zwar, dafür aber um so gründlicher. Aus Gründen, die äusserst aufschlussreich wären, aber einen eigenen Artikel verlangen würden, erreichte die erste Industrialisierungswelle in der Schweiz Anfang des 19. Jahrhunderts den kleinen Innerschweizer Kanton nicht. Erst in den 40er und 50er Jahren des 19.

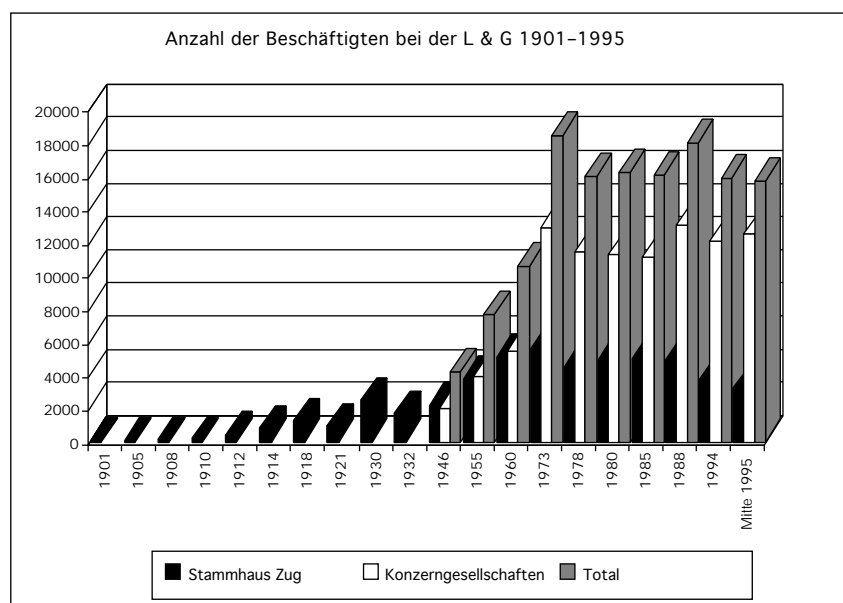
Jahrhunderts kam die «industrielle Revolution» auch nach Zug – in die Landschaft allerdings und nicht in die Stadt. Da es noch keine Elektrizität gab, waren die entstehenden Industriebetriebe nach wie vor auf die Wasserkraft angewiesen. In einer ersten Gründerperiode breiteten sich entlang der Lorze viele dieser «Mehrwert» schaffenden Fabriken aus, von denen so manche heute nur noch Legende sind wie die Spinnerei in Baar (1854) oder die Chamer «Milchsüdi» der «Anglo Swiss Condensed Milk Corporation» (1867).

Seit 1878 schliesslich lieferte die «Aktiengesellschaft Wasserversorgung Zug» (seit 1892 «Aktiengesellschaft Wasserwerke Zug») Wasser

in die Stadt, ab 1890 baute sie das erste elektrische Kraftwerk Zugs im Lorzentobel, das zunächst nur Industriebetriebe wie die «Email / Metalli» versorgte. Erst durch die Wasser-, Gas- und Stromversorgung wurde nun auch die Stadt Zug selbst in einer zweiten Gründerphase (1880–1914) als Standort für Gewerbe und Industrie interessant.

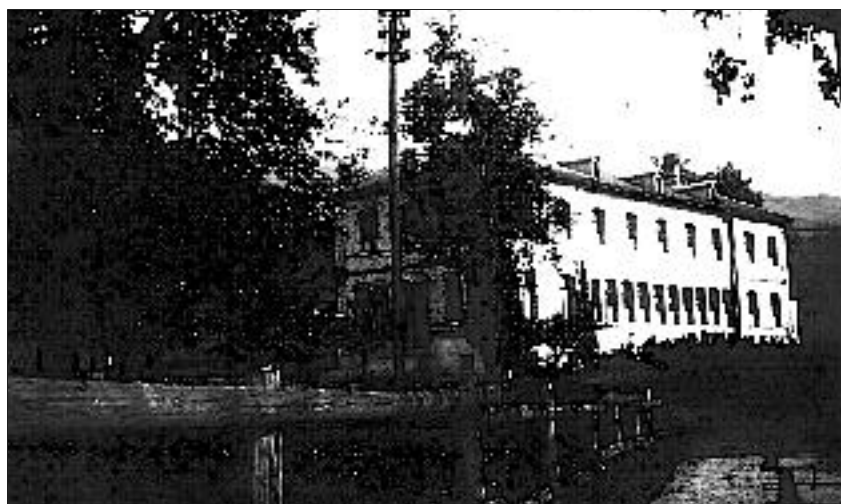
Fortschrittsgläubigkeit

Im November 1893 wurde elektrischer Strom in Zug allgemein eingeführt. Doch für viele Haushalte war noch lange Zeit nur Gas erschwinglich, und die verhältnismässig wenigen elektrischen Anschlüsse



Sinkende Beschäftigungszahlen im Zuger Stammhaus stehen etwa gleichbleibende Zahlen in den Konzerngesellschaften gegenüber.

in Zug liefen bis in die späten 20er Jahre mit Gleichstrom. Da bedurfte es schon einiger Fortschrittsgläubigkeit, um sein unternehmerisches Glück mit Wechselstrom-Zählern, Made in Zug, zu versuchen. Genau das hatte der Einsiedler Richard Theiler nämlich vor, als er just in Zug am 30. Juni 1896 zusammen mit dem ebenfalls aus Einsiedeln stammenden Kaufmann Adelrich Gyr-Wickart (nicht verwandt mit Dr. Karl Heinrich Gyr) das «Electrotechnische Institut Theiler & Co.» gründete. Theiler hatte aus der Verbesserung amerikanischer Zähler ein eigenes Gerät zur Messung von Wechselstrom entwickelt und patentieren lassen. Der Kleinbetrieb, der allerneueste Apparatetechnologie mit äusserst fragwürdiger Zukunft produzierte, entstand mitten im Zuger Villenviertel – in unmittelbarer Nähe zum Institut «Minerva», dessen Zöglinge Theiler für den Apparatebau in seiner neuen Firma «verwenden» konnte. Mit diesen Lehrlingen und nur einem bezahlten Berufsarbeiter montierte Theiler aus gekauften Be-



Dort, wo alles anfang: das Theilerhaus an der Hofstrasse, mitten im Zuger Villenviertel.

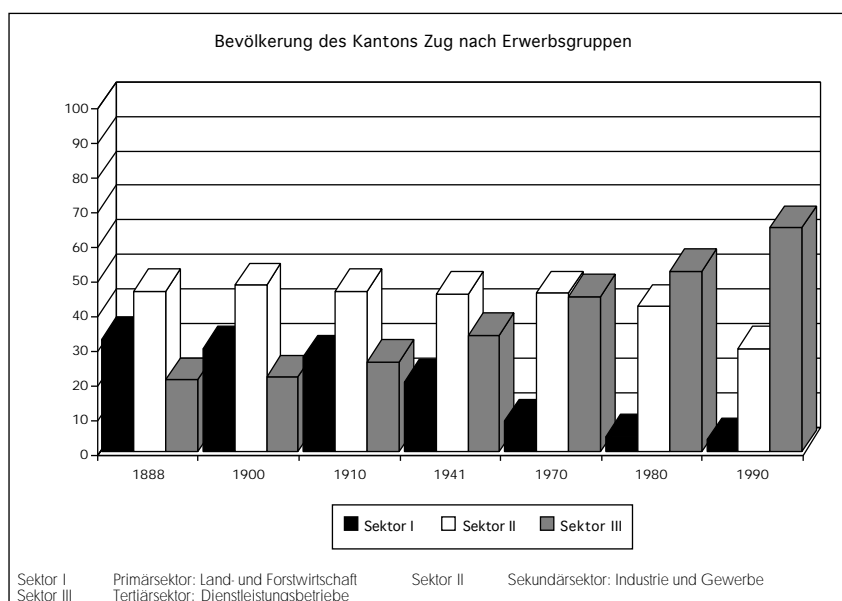
■ Bilder Fotoarchiv Stadt- und Kantonsbibliothek

standteilen seine Wechselstrom-Zähler, Telefoninduktoren und «Phonographen» (von Edison 1877 erfundene Tonaufnahmegeräte) – von 7.00 bis 18.15 Uhr, und samstags bis 17.15 Uhr. Diese 56-Stunden-Woche sollte in der Landis & Gyr im Mai 1919 auf 48 Stunden reduziert werden – rund ein halbes

Jahr, bevor die 48-Stunden-Woche im Kanton Zug obligatorisch wurde.

Wie ein Grosskonzern entsteht

1904 kauft der Richterswiler Heinrich Landis die Firma von Theiler und Gyr. Nachdem 1905 sein Studienkollege, der Zürcher Chemiker



Bei steigenden Beschäftigungszahlen nahm der Anteil der Beschäftigten des zweiten Sektors zwischen 1980 und 1990 deutlich ab.

Zuger Erwerbstätige

Jahr	Erwerbstätige
1888	10955
1900	12147
1910	13019
1941	16646
1970	31035
1980	36957
1990	48105

Karl Heinrich Gyr dazukommt, erfolgt noch im selben Jahr die Umwandlung zur Kollektivgesellschaft «Landis & Gyr, vormals Theiler & Cie». 1914 wird dann die Kollektivgesellschaft in eine AG umgewandelt. Die Aktien bleiben aber überwiegend

in den Händen von Heinrich Landis, Karl Heinrich Gyr und F. Nägeli, dem Delegierten des Verwaltungsrats. Nun beginnt die eigentliche «Erfolgs-story», die sich mitunter wie eine Anleitung aus einem betriebswirtschaftlichen Handbuch liest. Nach dem Motto: «Wie steigt ein Handwerksbetrieb mit 24 Angestellten (im Jahr 1901), der ausschliesslich für den Schweizer Markt produziert, bis zum Jahr 1946 zum Grosskonzern auf, der 60% seiner Produkte exportiert und insgesamt 4200 Angestellten (davon allein in Zug 2200) hat?» Es ist vor allem Karl Heinrich Gyr, ein echter «Industriekapitän», der bis zu seinem Tod im Jahr 1946 die Zügel fest in der Hand hat und unter dem der Aufstieg der Landis & Gyr stattfindet. Die drei Zauberworte dazu heissen:

- ◆ **Expansion:** Bereits vor dem 1. Weltkrieg werden Verkaufs- und schliesslich auch Fabrikationsniederlassungen in europäischen Ländern wie Deutschland, Österreich, England und Frankreich gegründet. Während der 20er Jahre erfolgt die Expansion nach Übersee sowie die Beteiligung an den grössten Konkurrenzfirmen in der Schweiz und in Deutschland. In diesen Jahrzehnten verfügen die Konzerngesellschaften aber nur über ein beschränktes Produktionsprogramm, Entwicklung und Forschung liegen beim Zuger Betrieb, der dadurch ein enormes Kapital an Know-how erwirbt. Die Investitionen in Forschung und Entwicklung schränkt man auch während der grossen Depression der 30er Jahre nicht ein.
- ◆ **Diversifikation:** Schon vor 1914 geht das Unternehmen von der Montage gekaufter Bestandteile zur Eigenfabrikation dieser Teile über. Zugleich schafft man in Zug eigene Konstruktionsbüros für Neu- und Umbau sowie Laboratorien zur Überprüfung der Mate-

rial- und Bestandteillieferungen und neuentwickelter Apparate. Ende der 20er Jahre beginnt man mit Produktentwicklungen im Bereich Rundsteuerungs-, Fernwirk- und Wärmetechnik, die ab den 30er Jahren immer stärker das Angebot mitprägen

- ◆ **Rationalisierung:** Ebenfalls vor 1914 beginnt man in der L&G mit einer beinahe wissenschaftlich anmutenden Arbeitsorganisation. Büros und Werkstätten werden «zweckmässig» eingerichtet, Qualitäts- und Produktionskontrolle entwickelt, durch eine moderne Entstaubungsanlage, Warmwasserversorgung und adäquate Beleuchtungsanlagen werden die Bedingungen verbessert. Fritz Schmuziger, der die Fabrikation ab 1918 leitet, führt dann die klassischen industriellen Rationalisierungsmassnahmen ein bzw. durch: genaueste Zeitstudien und Systematisierung verschiedener Arbeitsabläufe.

Fliessbandproduktion bestimmt fortan den Arbeitsrhythmus in der Fabrik, die vom Zuger Volksblatt 1920 so charakterisiert wird:

«In einer Spezial-Abteilung wird ganz nach dem vom Automobilkönig

Ford in seinen Fabriken angewandten System verfahren. Dieses Ford'sche System besteht in der Geltendmachung äusserster Arbeitsteilung. Das Werkstück passiert in raschem Tempo durch lange Ketten von Arbeitern... Am Ende der menschlichen Maschinenkette hat es die seinem Zwecke entsprechende Gestalt angenommen und wandelt als fertiges Produkt in die Prüfungsstation.» Modern Times eben.

Modern Times aber auch in den oberen Etagen: Mit dem generellen Geschäftswachstum, mit der weltweiten Expansion, der Erhöhung der Anzahl der Beschäftigten, Neubauten und steigender Produktionsfläche nimmt die Hierarchisierung zu. Verschiedene funktional spezialisierte Abteilungen auf Produktionsebene, Direktionsdepartemente, Geschäftsleitung und ein eigentlicher Verwaltungsrat entstehen.

Ein eher dunkles Kapitel mit viel weniger «Facts» als zu den obigen Bereichen ist eine eigentlich sehr naheliegende Frage : Wie weit haben das grösste Industrieflaggschiff des Kantons und sein «Steuermann» die politischen und sozialen Geschehnisse Zugs eigentlich beeinflusst? Michael van Orsouw berichtet in seinem



Eicherei für Präzisionszähler Ende 50er, Anfang der 60er Jahre.

kürzlich erschienenen Buch «Das vermeintliche Paradies» von mehreren «Merkwürdigkeiten». So haben – nach der ersten Zuger Steuernovelle zur Privilegierung der Holdinggesellschaften – die zwei wichtigsten Arbeitgeber Zugs, die «Metalli» und die L&G gedroht, sich ebenfalls in eine Holding zu verwandeln – falls sie nicht in den Genuss entsprechender Steuerprivilegien kommen sollten. Aus Fehlern wird man klug: Bei der Totalrevision des Zuger Steuergesetzes «pilgerten» Beamte und Politiker lieber schon vorher ins Büro der Landis & Gyr, um mit den L&G-Direktoren Schmuziger und Dalcher sowie anderen Vertretern des Zuger Industrieverbandes über das neue Gesetz zu diskutieren. Schliesslich finde ich noch einen dritten «Tatbeweis»: Wegen der Komplikationen beim Neubau an der Gubelstrasse (das Land gehörte der Korporation) überreichte die L&G dem Zuger Regierungsrat einen «Forderungskatalog»: Wenn Kanton, Stadtgemeinde, Korporation, die Elektrischen Strassenbahnen Zug und die Wasserwerke in Zukunft nicht deutlicher «kooperieren» würden, könnte man sich das Angebot anderer Gemeinden der Schweiz über- und den Zuger Sitz verlegen.

«Stehkragenproletarier»

Zug entwickelte sich bis 1946 zum am stärksten industrialisierten Kanton in der Schweiz. Gleichzeitig verlagerte sich der Schwerpunkt des Sekundärsektors von der Textil- und Nahrungsmittelindustrie nach und nach zur Metall-, Maschinenbau- und Apparateindustrie. Dieser immer wichtiger werdende Sektor war jedoch stark exportabhängig und damit extrem anfällig für nationale und internationale Konjunkturschwankungen – wie für die Krise Anfang der 20er Jahre. Landis & Gyr, die Anfang 1921 noch fast 1300 ArbeiterInnen beschäftigte, zählte



Zählwerkmontage für Haushaltszähler.

am Ende des Jahres nur noch 900 – 400 Personen, also fast ein Drittel, waren entlassen worden. Doch im Unterschied z.B. zu den «Metalli»-Arbeitern, die sich gegen Lohnkürzungen 1922 durch kollektive Kündigung und Streik erfolgreich wehrten, gab es in der L&G keinen (sichtbaren) Widerstand. 1918 hatten sich am Landes- bzw. Generalstreik noch 58% bzw. 20% der L&G-ArbeiterInnen beteiligt. «Stehkragenproletarier» werden die LG-ArbeiterInnen genannt.

Bei der Krise 1921 betrug die Zahl der (gemeldeten) Arbeitslosen insgesamt 600 im Kanton Zug. In den Boomjahren ging sie kurz zurück, so dass 1927 keine gemeldet waren. In der grossen 30er-Krise schnellte die Anzahl von 1671 Teilzeitarbeitslosen und 14 Ganzarbeitslosen im Jahre 1931 auf 226 Ganzarbeitslose und 445 Teilzeitarbeitslose 1933. Nachdem die L&G während der «Goldenen 20er Jahre» entsprechend der weltweiten Hochkonjunktur boomte, traf auch sie und ihre ArbeiterInnen die Depression der 30er Jahre mit voller Wucht.

Wie in den Spinnereien, in der Verzinkerei oder in der Nestlé (die 1933 geschlossen wurde) wurden in der L&G zahlreiche Arbeitsplätze «abgebaut»: von 2'500 (1930) auf ca. 1'700 im Jahr 1932, also wiederum fast ein Drittel aller Stellen. Dazu kamen Kurzarbeit, massiver Lohnabbau und Streichung der verschiedensten Zulagen. Nach der Abwertung des Frankens 1936 erholte sich die Exportwirtschaft in Zug und in der Schweiz zwar wieder, doch erst nach dem Krieg erreicht z.B. die Beschäftigtenzahl der L&G jene von 1930 wieder. Während des 2. Weltkriegs verzichtete die L&G – so weit nachweisbar – wie im 1. Weltkrieg schon auf Kriegsmaterialproduktion und stagnierte, bis die unmittelbaren Nachkriegsjahre einen nie gekannten Boom auslösten.

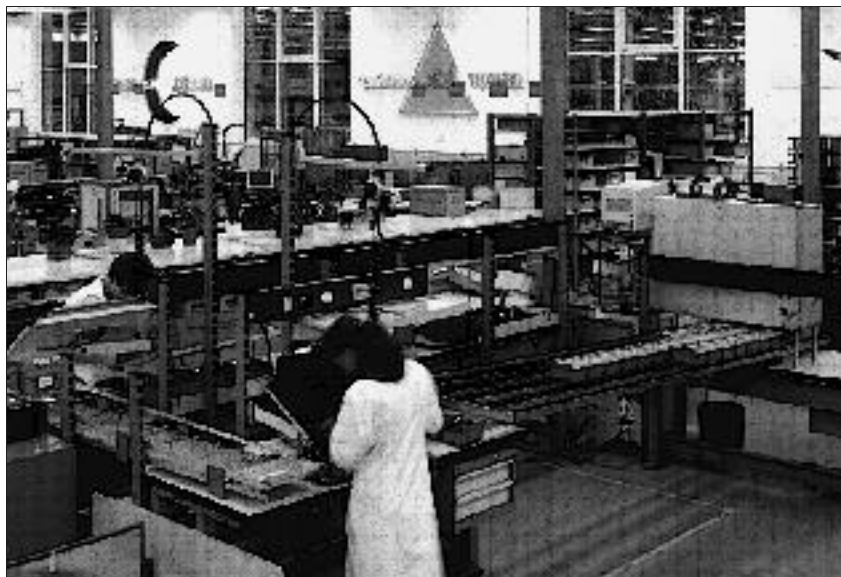
«Zähle, messen, steuern, regeln»

Der 9.5.1956: ein wichtiges Datum der Firmengeschichte. Der jahrelang schwelende Konflikt in der Konzernleitung eskaliert und vier Mitglieder des VR treten zurück. Es ist ein eigent-

liches «Renveserement du Pouvoir» (fast à la Dynastie oder Dallas): mit Gottfried Straub-Gyr und Andreas C. Brunner-Gyr übernehmen zwei Schwiegersöhne von K.H. Gyr die Macht im Betrieb. Die Unternehmensleitung – vor allem Andreas C. Brunner – entwickelt noch im selben Jahr ein Lösungskonzept für die überholungsbedürftige Finanzierung des Konzerns: Die «Landis & Gyr Holding AG» wird geschaffen. Diese sichert in der Folge die nötige Kapitalzufuhr für den Grosskonzern über die in der Schweiz neuartige Form der «Wandelanleihe». Ein kluger Schachzug, denn so erfolgt zwischen 1956 und 1963 die Ausdehnung der Aktionäre von kaum 20 Leuten auf über 4000 – und die Gyr-Erben behalten trotzdem die Stimmen- und Aktienmehrheit. 1959 wird auch die von Kissling 1990 wieder abgeschaffte Mitarbeiterbeteiligung eingeführt.

Daneben führt die neue Unternehmensleitung mit Straub und Brunner an der Spitze eine grundlegende Neuorganisation der Unternehmensstruktur durch, die v.a. eines zum Ausdruck bringt: die sinkende Bedeutung nationaler und die steigende internationaler Märkte. Die Produktionsbereiche werden in Form einer Matrixstruktur als «profit centers» im eigentlichen Sinne neu organisiert. Parallel dazu erfolgt bis zur grossen Depression um 1975 die internationale Expansion – mit fast einer Unzahl von Neugründungen, Ausbau, Beteiligungen und Übernahmen. Zugleich wird das Produktangebot weiter ausgebaut und der neue Geschäftsbereich «Comfort Control» (Wärmetechnik, Klima- und Lüftungsregelung) zur zweiten tragenden Säule des Betriebs.

Daneben engagiert sich die L&G aber auch als Mäzenin der «Schönen Künste»: 1972, anlässlich des 75-Jahr-Jubiläums der L&G, wird die «Kultur Stiftung Landis & Gyr» gegründet, die dieser Tage ihrerseits ein 25-Jahr-Jubiläum als eine der



Innerhalb des Industriebereichs fand eine tiefgreifende Umschichtung statt: Immer weniger sind in der eigentlichen Produktion tätig.

bedeutendsten privaten Förderinstitutionen der Schweiz feierte.

1975 werden alle Konzerngesellschaften Eigentum der neugeschaffenen «Landis & Gyr AG», die als Holdinggesellschaft steuerliche Vorteile bringt. Die Eigenkapitalrendite im grossen Krisenjahr 1975 beträgt -5,2% – die Reaktion darauf lässt nicht auf sich warten: «Redimensionierung», «Konzentration» und «Mitarbeiterabbau», d.h. Weg-rationalisierung von allein 1000 Stellen im Kanton Zug.

Allerdings fällt das Stammhaus Zug bereits seit den späten 50er Jahren immer deutlicher hinter die anderen Konzerngesellschaften zurück. 1973, vor dem grossen Einbruch, beschäftigt das Stammhaus in Zug 591 Personen, die übrigen Konzerngesellschaften 12'890, 1975 sind es noch 4518 in Zug und 11'482 in den übrigen Gesellschaften. Frau/man halte sich das vor Augen: 1970 sind noch rund 46%, also nicht ganz die Hälfte, aller Zuger Erwerbstätigen im Industriebereich tätig, davon sind rund 37%, also mehr als ein Drittel, bei der L&G

beschäftigt! 1980 ist der Anteil der L&G-ArbeiterInnen am ganzen Industriesektor bereits auf 31,6% gesunken. Jedoch hat auch der Industriebereich für die Erwerbstätigkeit der ZugerInnen immer mehr an Bedeutung verloren. Seit 1970 gewinnt der Dienstleistungsbereich zunehmend Oberhand. War Zugs (nicht nur ökonomisches) Gedeihen bis anhin von der Industrie und Betrieben wie der L&G abhängig, so ist es dies heute von seinen Dienstleistungsbetrieben, in dem 1990 ca. 65% aller Erwerbstätigen beschäftigt sind.

Epilog

Am 3.3.1984 treten schliesslich Andreas C. Brunner und Gottfried Straub von ihren Ämtern als Verwaltungsratspräsident bzw. als Konzernleitungspräsident zurück. Was nun bald folgt, die Geschichte von Stephan Schmidheiny und seinem Statthalter, ist die eines «Sohnes», der wohl schon verloren war, bevor er noch gefunden wurde. Nachzulesen ist sie unter dem Titel «Sieben magere Jahre». □

Sieben magere Jahre

Mit einem gerüttelten Mass an Eigenlob hat der in solchen Fällen wie üblich freiwillig scheidende Konzernchef von Landis & Gyr, Willy Kissling, seinen Abgang versehen: «Es ist uns gelungen, ein Unternehmen zu entwickeln, das in Zeiten radikalen Wandels zu nachhaltiger Marktführung, zu Wachstum und Gewinn fähig ist.»

Wenn das stimmt, warum bloss hat Schmidheiny die L&G nach so kurzer Zeit wieder verkauft und sein Gelübde für ein langfristiges Engagement so schnöde gebrochen?

Martin Stuber

Einleuchtend ist das Interesse der Elektrowatt, die schon Mitte 80er-Jahre Interesse am grössten Zuger Industriebetrieb zeigte. Zu gut passen Schlüsselbereiche der L&G in die industrielle Strategie von Elektrowatt, zu verlockend ist die Aussicht, einen harten Konkurrenten auf dem Weltmarkt loszuwerden. Und das Elektrowatt-Angebot, das 37% über dem 30-Tage-Durchschnitt des aktuellen Börsenkurswertes lag, dürfte sogar das Herz eines an Milliarden gewöhnten Finanziers wie Schmidheiny erwärmen.

Über 300 Millionen

Die Frage, wieviel Schmidheiny mit seiner kurzen L&G-Affäre unterm Strich verdient hat, lässt sich nicht ganz einfach beantworten, weil der genaue Kaufpreis bis zum heutigen Tage nicht offiziell bekannt ist. Aufgrund von unwidersprochenen Schätzungen (die nicht aus dem Büro Gegenwind stammen, denn Dani Brunner war nie Mitglied der verkaufenden Erbgemeinschaft) hatte Schmidheiny 1987 für zwei Drittel der L&G-Holding-Aktien 210 Mio. Fr. auf den Tisch geblättert. Später kam noch das Drittel des Straub-Stammes hinzu, das etwas über 100 Mio. gekostet haben dürfte. Beim Verkauf an die Elektrowatt hat Schmidheiny 630 Mio. Fr. gelöst. Das macht einen Nominalgewinn von 315 Mio. nach acht Jah-

Der berühmteste Aussteiger?

Der Schmidheiny-Elektrowatt-Deal hat viel Druckerschwärze fliessen lassen. Auffällig ist, dass all die Änderungen als gottgegeben hingenommen und die Gewinnvorstellungen des Kapitals als Selbstverständlichkeit – wenn nicht sogar als ökonomische Notwendigkeit! – dargestellt werden. Wenig kritisch wird dabei auch das «grüne» Image von Schmidheiny nachgebetet. Eine diesbezüglich eher peinliche Aufmacherstory leistete sich z.B. «Facts» im Dezember 95. Gross wurde da der Ausstieg von Schmidheiny aus seiner Rolle als Schweizer Grosskapitalist nachgezeichnet, die Rede war vom «postkapitali-

stisch denkenden Sohn», der dabei sei, «Ökologie und Ökonomie zu verbinden», und dies im Ausland nun verwirklichen werde, weil ja die Schweiz zu unbeweglich sei.

Die Antwort lieferte Schmidheiny bald einmal durch seine diversen Transaktionen: maximal mögliche Beteiligung eines Einzelaktionärs an der SBG (5%), Plazierung seines Finanzspezialisten Jeker an der Spitze des Verwaltungsrates der ABB AG und als Verwaltungsrat der ABB Holding; indirekt in einem längeren Interview für die Weltwoche drei Monate später. Schmidheiny bleibt der Schweiz erhalten – nachhaltig.

ren! Der Kommentar von Schmidheiny zu diesen Millionen: «Mein Kapitalgewinn ist zwar in Zahlen sicher gross, über acht Jahre betrachtet aber nicht umwerfend.» (Weltwoche vom 7. März 1996) Daneben kassierte Schmidheiny jedes Jahr Dividenden – 1995 z.B. gut 10 Mio.

Während Otilie und Otto Normalverbraucher dabei sind, sich an sinkende Reallöhne zu gewöhnen, spielt sich auf der Gegenseite seit einigen Jahren genau das Gegenteil ab. Die Erwartungen der Kapitalbesitzer an die Rendite ihres Geldes werden immer grösser. So äusserte Schmidheiny bald nach der Übernahme der Landis & Gyr 1987 die Erwartung, dass mittelfristig eine Rendite in zweistelliger Prozenzhöhe anvisiert

werde. Bei Teuerungsraten von 1–2% sind das mindestens 8–9% Gewinn – jedes Jahr. (Wie gross wäre wohl der Aufschrei, wenn die Lohnabhängigen mit ähnlichen Erwartungen an ihre Lohnsteigerungen aufwarten würden?)

Dieses Ziel wurde nach acht Jahren nicht erreicht. Gemäss neuestem Jahresbericht betrug die Eigenkapitalrendite der L&G «nur» gerade 9,4% und lag damit sogar unter derjenigen von 1994 mit 9,8% – offensichtlich nicht gut genug für Schmidheiny.

Andreas C. Brunners Plan

Dabei hätte es doch anders kommen sollen. Anfang der 80er Jahre

gewann das Nachfolgeproblem an der Spitze der L&G zunehmend an Schärfe. Die Differenzen der beiden Gyr-Schwiegersöhne Gottfried Straub und Andreas C. Brunner über verschiedene Führungsfragen wurden immer gravierender, und die statutarische Altersbeschränkung für die operative Führung auf 65 Jahre veranlasste Brunner, sich intensiv mit der Nachfolge zu befassen.


Die vierzehnköpfige junge Generation der drei Stämme Brunner-Gyr, Mijnsen-Gyr und Straub-Gyr, die über die L&G Holding AG die L&G kontrollierten, brachte keine konsensfähige neue Führungsriege für den Konzern hervor. Die einzigen beiden mit entsprechenden Ambitionen, der neoliberale Jurist Roland Straub und der nachmalige sozialistisch-grüne Gemeinderat Dani Brunner, stiessen mit ihren jeweiligen Vorstellungen auf wenig Gegenliebe bei den jeweils anderen beiden Stämmen.


Brunner senior strebte eine Lösung an, die eine Weiterführung des Betriebes in seinem Sinne sicherstellte (ein profitabler Betrieb, mit offener Informationspolitik, transparenten Finanzen und Wahrnehmung der sozialen Verantwortung sowie Sitz in Zug). Mit Banken oder Versicherungen konnte Brunner nicht viel anfangen, die hatten es sich mit ihm wegen ihrer Position in der Pensionskassenfrage gründlich verscherzt.


Ein Verkauf des Betriebes an die Belegschaft kam auch nicht in Frage, das Misstrauen der Erben, dass so zu viel Cash-flow an die Belegschaft verteilt und zu wenig reinvestiert würde, war zu stark. Erwogen wurde auch die Errichtung einer Stiftung, in der die Arbeitnehmer vertreten gewesen wären.

Andererseits lag schon 1985 ein Angebot der Elektrowatt vor, zu deren industriellen Aktivitäten die

Stellenangebot

Come to 
 When you are always the Gelackmeierte, and when you have es nix gebracht on a green Zweig.

● Come to 
 We are a young team and pensionsberechtigt. We have a Betriebsklima like that in Florida; we have the five-Stunden-day and the twentyfive Stundenweek. We have 115 Feiertays in the year. 52 sundays and genau so much samsdays. And we have the world best Krankenscheinsystem.
 Na, is this nix?
 ● You are unser Mann, when you can not so hard dranlangen. Take it easy, when you are vorbestraft it make nix.

Also, let's go, come to 
 Only eines noch:
 be careful, manchmal we must schaffe, too.
 Last and least: you can selbständig work, da our Chefs are always auf Achse.

Die Kreativität der L&G-Belegschaft äussert sich immer wieder in witzigen Pamphleten, die unter der Hand zirkulieren.

L&G gut gepasst hätte. Aber die Elektrowatt gehört einer der drei Grossbanken: der Kreditanstalt.

Ein Industrieller, der Besitz und Führung in einer Hand vereinigte und Gewähr für die Weiterführung der traditionellen Werte bot – das wäre für Brunner die ideale Lösung gewesen.

«Der gefundene Sohn»...

Dieser Mann bot sich an: Er war seit 1985 im Verwaltungsrat der L&G und entstammte einer traditionsreichen Industriellenfamilie, die noch um einiges reicher war als die Gyr-Familie: Stephan Schmidheiny. Er schien alle Anforderungen zu erfüllen und versprach, mit seinem langfristigen Engagement den Betrieb im Brunnerschen Sinne weiterzuführen. Der Grossteil des Brunner- und Mijnsen-Stammes war angetan und verkaufte – sicherlich deutlich unter dem Substanzwert, aber angesichts des Börsencrashes im Oktober 87 eher über dem damaligen aktuellen Marktwert.

Was sich damals als natürliche Lösung präsentierte und die «Bilanz» scheinbar zu Recht «Der gefundene Sohn» titeln liess, entpupperte sich bald als Alptraum für die L&G-Belegschaft.

...liess sich bald entschuldigen

Schmidheiny kümmerte sich nicht wie versprochen selber intensiv um die Führungsaufgaben innerhalb der L&G, sondern setzte schon bald nach dem Kauf seinen Statthalter Willy Kissling an die Konzernspitze – mit einem klaren Auftrag: Rendite und Konkurrenzfähigkeit erhöhen. Kissling schien prädestiniert für den Posten: Er hatte zuvor mit harter Hand Schmidheiny's Gips-Bereich verkaufsfertig saniert; mit dem Erlös aus dem Verkauf der «Rigips» liess sich der Grossteil der L&G-Übernahme finanzieren.

Weniger naheliegend war die Person Kissling aber für das Unternehmen L&G. Der Finanzmensch passte wie die Faust aufs Auge in den Technologiekonzern L&G, dessen wichtigstes Kapital die MitarbeiterInnen sind.

Unternehmenskonzept 2000...

Das im August 1989 präsentierte Konzept «Unternehmen 2000» brachte eine Zeit der fast permanenten Umstrukturierungen, des ständigen Hin und Her und der einsamen, oft schwer nachvollziehbaren Entschiede durch die Konzernspitze. Die Anzahl der Beschäftigten sank von 1989 bis 1995 konzernweit um 2200 auf 15'700. Diese Reduktion erfolgte zu einem guten Teil auf Kosten des Stammsitzes Zug. Erinnert werden muss aber auch an die Schliessung der Aussenstellen in Rickenbach, Steinhausen, Oberägeri, Sattel und Disentis und den Abbau in Einsiedeln. Opfer der Restrukturierung waren SAIA in Murten sowie das Werk in

Salerno mit 1000 Angestellten (beide verkauft) sowie das französische Zweigwerk in Montluçon mit massivem Stellenabbau. Währenddessen wurde in den U.S.A. gross investiert, dort beschäftigt die L&G heute mehr Leute als in der Schweiz.

Im Stammhaus in Zug pendelte der Personalbestand während der 80er Jahre relativ konstant zwischen 4700 und 5000 ArbeitnehmerInnen, Ende 1995 waren es keine 2900 mehr! Das Hauptopfer dieses Aderlasses war die Fertigung: Kissling wollte nur noch «strategische Teile selber (...) fertigen».

...ein Erfolg?

Die Opfer rechtfertigte Kissling bei seinem Abgang damit, dass zur Erhaltung der Konkurrenzfähigkeit das Aufbrechen des verkrusteten Betriebes und dessen Umbau lebensnotwendig gewesen seien. Der Kommentator der «Neuen Zuger Zeitung» doppelte unkritisch nach und fragte, ob es «ohne die Zielstrebigkeit und Entschlossenheit des Teams um Kissling (...) diese Unternehmung heute überhaupt noch» gäbe?

Im Betrieb tönt es anders. Nach übereinstimmenden Aussagen ging ein Aufatmen durch die Zuger Hallen und Büros, als Kissling seinen Abgang verkündete. Seine Aussagen in der Presse bewirken dort v.a. Kopfschütteln:

Den Übergang von der Mechanik zur Elektronik hätte L&G auch so geschafft, aber mit deutlich weniger hohen Folgekosten, in menschlicher und materieller Hinsicht. So war der erste wichtige unternehmerische Entscheid Kisslings, die Auslagerung des elektronischen Zählers nach England, ein Riesenflop – die Investition musste nach kurzer Zeit auf Null abgeschrieben werden. Es sollte nicht der einzige einsame Entscheid der neuen Konzernspitze bleiben, der über Nacht über die Köpfe der Betei-



Nach 100 Jahren L&G das Aus – bald wird ein neuer Name die Grafenau zieren.

■ Bild Bulletin

ligten hinweg gefällt wurde.

Der Abbau des Wasserkopfes, ein anderes Steckenpferd von Kissling, löst nur müdes Lächeln bei den Angesprochenen aus. Der alte Wasserkopf an der Spitze wurde durch einen neuen um Kissling herum ersetzt. Die Dezentralisierung von zentralen Diensten sehe zwar auf dem Papier gut aus, in der Praxis sei aber nichts eingespart worden, im Gegenteil.

In die gleiche Kerbe schlägt ein Leserbrief des pensionierten Konzernleitungsmitgliedes Adolf Schmidli, der ungeniert fragt: «Und wenn ein echter Unternehmer eingestiegen wäre?» Wohl zu Recht verweist Schmidli auf einige wunde Punkte: In absoluten wie relativen Zahlen wurde in der Ära Schmidheiny weniger Geld in Forschung und Entwicklung gesteckt, entscheidendes technologisches Know-how wurde im jetzt aufgelösten Zentrallabor entwickelt (elektronische Zähler, Phonecard, Kinogramme), die Gewinnbeteiligung 1990 aufgehoben, statt dessen wurden die Dividenden erhöht. Den Schlüsselpunkt spricht Schmidli auch an, nämlich die Motivation der Belegschaft, und

die ist nach übereinstimmenden Auskünften aus dem Betrieb auf einem Tiefpunkt.

Logischer Schritt

Während sich mit Zahlen die Ergebnisse für die Öffentlichkeit schönen oder abdunkeln lassen (die neue Führung um Kissling hat im ersten Geschäftsjahr die Bilanz mit massiven Abschreibungen und Restrukturierungskosten «künstlich» verschlechtert, von einem tiefen Ausgangspunkt aus sind Erfolge leichter zu erreichen), so ist ein mit allen Wassern gewaschener Financier wie Schmidheiny natürlich in der Lage, eine nüchterne Bilanz zu ziehen. Die mag in etwa so ausgesehen haben:

- ◆ eine Rendite, die zwar gestiegen ist, aber die gesteckten Ziele klar verfehlt hat,
- ◆ ein Statthalter, der unglücklich agiert und für eine schlechte Presse garantiert, dem Schmidheiny aber persönlich verbunden ist,
- ◆ das Pensionskassendebakel, das nicht nur den Gewinn schmälert, sondern auch publizistisch verheerende Folgen hat und wegen

«Es ging viel Know-how verloren»

des Streites um die Verantwortlichkeiten noch längere Zeit für Negativschlagzeilen um die L&G sorgen wird,

- ◆ und dann noch der emotionale Frust, dass aus dem vielversprechenden Engagement in einem High-Tech-Konzern mehr Ärger als Freude geworden ist.

Aber halt, um die Ecke steht die Elektrowatt, die noch immer oder wieder Interesse an der L&G hat und bereit ist, einen anständigen Preis zu zahlen. Robert Jeker, seit 1993 Schmidheiny Berater in strategischen Fragen, kennt als ehemaliger Credit-Suisse-Boss die Elektrowatt gut, immerhin hält die CS seit langem eine beherrschende Beteiligung an dem Energiekonzern. Aus der Sicht von Schmidheiny ist ein Verkauf der logische Schritt – alte Versprechen zählen da nicht.

Kissling erreichte die 10%ige Eigenkapitalrendite mit der L&G nicht, Elektrowatt-Boss Ronner will noch dieses Jahrzehnt die 15%-Marke überschreiten. Die Tatsache, dass sich Schmidheiny mit einem Teil des Verkaufserlöses an Elektrowatt beteiligt, legt die Interpretation nahe, dass er der Elektrowatt zutraut, die L&G mit mehr finanziellem Erfolg zu führen.

Denn, wie sagte doch Schmidheiny auf die Frage der «Weltwoche», ob für ihn die Rendite der Massstab aller Dinge sei? Nein, das sei nicht der einzige Massstab, «da gibt es andere, für mich etwa die Nachhaltigkeit dieser Rendite». Diese Nachhaltigkeit der Rendite, d.h. deren langfristiger, gesicherter Charakter, sieht er bei Elektrowatt offenbar in sichereren Händen.

So geht das Monopoly, und nach sieben mageren Jahren für die L&G-Beschäftigten stellt sich – nicht nur für sie – immer dringender die Frage, wie lange noch sie die beliebig hin und her schiebbaren Figuren abgegeben sollen. □

Nicht nur wegen ihres 100-Jahr-Jubiläums geniesst die Landis & Gyr zurzeit erhöhte Medienpräsenz. Was dabei zu kurz kommt, ist die Sicht der Belegschaft. Im folgenden Interview mit einem langjährigen «L&Gler» soll deshalb diese Perspektive zum Zug kommen. Ruedi Amrein-Ineichen ist 43jährig, verheiratet, Vater von drei Kindern, Teilzeit-Hausmann und Elektroeicher mit einem 80%-Pensum. Er wohnt in Zug. Seit 1993 ist er Präsident des SMUV.

Interview Martin Stuber

Bulletin: Ruedi, wie lange arbeitest Du schon in der L&G?

Ruedi Amrein-Ineichen: Ich bin im April 1969 von Erstfeld nach Zug gezogen, um in der Landis & Gyr eine Lehre als Elektroeicher zu machen – das sind jetzt also 27 Jahre.

Bulletin: Was waren in diesen 27 Jahren die einschneidendsten Erlebnisse im Betrieb?

Ruedi: Für mich gab es wenig abrupte oder plötzliche Ereignisse, die Veränderungen verliefen eher graduell. Das frühere Bild in der Öffentlichkeit von einem eher trägen Betrieb, in dem Mann und Frau so ein bisschen vor sich hin schaffen (L&G = langsam und gmütlich), hat so eh nie gestimmt. Schon während meiner Stifft hiess es «Längers wiä Gschwinder».

Kommt dazu, dass ich mit einem Unterbruch von zwei Jahren immer in der gleichen Abteilung gearbeitet habe, 15 Jahre unter dem gleichen Chef. Da haben sich die Änderungen in kleinen Schritten abgespielt. Erst nach dem ersten Wechsel folgten neue Chefs in immer schnellerem Rhythmus – fünf Chefs in 12 Jahren.

Stress kam für mich auf, als plötzlich Leute nicht mehr im Betrieb waren und ich in der Stadt immer mehr ehemalige ArbeitskollegInnen getroffen habe, die entweder arbeitslos oder frühpensioniert waren oder an einem neuen Ort arbeiteten.

Bulletin: Aber das ist ja wohl nicht die typische L&G-Biographie?

Ruedi: Nein, natürlich nicht, aber es gibt sicher noch mehrere Hundert, die das vermutlich ähnlich empfinden wie ich. Klar, für eine grosse Mehrheit gab's schon abrupte Einschnitte, angefangen bei den fast 2000, die seit 1988 – d.h. seit der Übernahme durch Schmidheiny, freiwillig oder unfreiwillig gegangen sind. Du musst Dir vorstellen: 1988 haben im Stammhaus 4700 Leute gearbeitet, heute sind es noch 2900!

Bulletin: Der Verkauf der L&G an Schmidheiny war also die grosse Zäsur?

Ruedi: Na ja, objektiv sicher, aber für mich war das damals keine grosse Sache, ein Kapitalist löst den andern ab – was soll's?

Heute sehe ich das etwas anders. Es hat sich herausgestellt, dass Schmidheiny kein Unternehmer ist, wie es der alte Brunner eben noch war. Schmidheiny hat eine rentable Investition machen wollen und neue Parameter für die Erfolgsmessung gesetzt – ich denke da an die Forderung nach einer zweistelligen Eigenkapitalrendite. In seiner Philosophie ist Personal v.a. ein Kostenfaktor, in diesem Sinne etwas «Negatives». Oder eine grosse Fertigungstiefe...

Bulletin: ... grosse Fertigungstiefe: wenn sehr viele Bestandteile im eigenen Hause gefertigt werden ...

Ruedi: ... die gemäss der neuen Philosophie eine zu tiefe Wertschöpfung hatte. Also begann man mit ra-

dikalem «Outsourcing» – ohne dabei zu berücksichtigen, dass damit die Wurzeln des Unternehmens beschnitten werden.

Ich habe sowieso Mühe mit unseren Schweizer Managern. Statt eigene, innovative Ideen zu entwickeln, die z. T. auch an vorhandene Stärken anknüpfen, werden jeweils die neuesten Modetrends aus den USA nachgebetet und als eigene Weisheiten verkauft. «Outsourcing» ist ein solches Schlagwort: Ich frage mich wirklich, ob mit der räumlichen und strukturellen Aufspaltung der Arbeitsteilung etwas gewonnen wird.

Bulletin: *Und für die Kundennähe ist dabei nichts gewonnenen.*

Ruedi: Das ist übrigens auch so etwas: Kundenorientierung ist heute das grosse Schlagwort. Das gab's in der L&G doch schon immer, und gerade deshalb wurde auch soviel «in-house» produziert, damit spezielle Kundenwünsche schnell erfüllt werden konnten.

Bulletin: *Damit widersprichst Du indirekt dem Kommentator der «Neuen Zuger Zeitung», der beim Abgang von Kissling die Frage stellte, ob es die L&G heute noch gäbe, «wenn nicht mit der Zielstrebigkeit und Entschlossenheit des Teams um Kissling die Probleme angepackt worden wären?»*

Ruedi: Zielstrebigkeit ist gut ... Heute ist die grosse Mehrheit im Betrieb froh, dass Kissling endlich geht. Ein wichtiger Grund dafür ist das ewige Hüst und Hott, so dass auch all die Gutwilligen und Motivierten langsam, aber sicher die Orientierung verloren haben.

Ich kann Dir ein Beispiel aus der jüngsten Vergangenheit geben: Es gab eine Abteilung (Leiterplattenbestückung), die schlecht organisiert war, mit ungenügenden Strukturen und verbreiteter Unzufriedenheit. Dann kam ein neuer Manager, der hat

die Abteilung reorganisiert, und der Erfolg übertraf alle Erwartungen. Die Leute in der Abteilung waren wieder motiviert – und nun wurde bei der letzten Umstrukturierung diese Abteilung einfach sang- und klanglos aufgelöst.

Ein anderer Punkt, der in der Belegschaft kritisch beobachtet worden ist: der versprochene Abbau des Wasserkopfes, der meiner Meinung nach nicht oder nur in sehr geringem Ausmass stattgefunden hat. Im Kader wurden vergleichsweise nur sehr wenig Leute entlassen, wenn ich das mit dem Kahlschlag in einzelnen Produktionsbereichen vergleiche.

Es ging in den letzten Jahren viel Know-how verloren, um das wir vielleicht wieder einmal froh wären, z.B. im Bereich Feinmechanik.

Bulletin: *Aber dass Landis & Gyr auf den Elektronik-Zug aufspringen*

musste, um zu überleben, dass der Zwang zur Innovation in immer kleineren Zeitabständen immer grösser wird, das willst Du nicht bestreiten?

Ruedi: Nein, aber es ist ein Mythos, dass erst mit der Übernahme durch Schmidheiny und dessen neuem Management die neuen Technologien richtig Einzug gehalten hätten. Elektronik gibt es bei uns schon lange: Ich selber bin schon früh, d.h. um 1972/73, mit elektronischen Zählern in Kontakt gekommen. Das waren Präzisions- und Industriezähler, die schon damals serienmässig produziert wurden. Das gleiche gilt auch für die Informatik. PC z.B. wurden schon sehr früh eingesetzt.

Der berechtigte gute Ruf der L&G-Technikerschule existiert auch nicht erst seit 1988. Einige Änderungen begannen auch schon vor 1988 oder wurden vorher eingeleitet. Anfang der 80er Jahre wurden



«Einen Teil des Umbaus des Betriebes indirekt über die Pensionskasse zu finanzieren ist der eigentliche Skandal!»

z.B. die Industrie- und Präzisionszähler komplett durch elektronische Zähler abgelöst. Dabei wurde aber insofern human verfahren, als diese technologische Ablösung koordiniert wurde mit dem «Auslaufen» des betroffenen Personals, es gab nur zwei oder drei Frühpensionierungen. Das vielleicht Entscheidende für die Innovationsfähigkeit eines Betriebes, nämlich das Interesse und die Initiative der Belegschaft für Innovationen – da brachte das neue Management keinen neuen Schub, oder nur ganz punktuell, eher im Gegenteil.

Es gab einen anderen zentralen Faktor, der ab Mitte 80er Jahre den Betrieb zunehmend lähmte: die Pattsituation im Machtkampf zwischen den beiden «Kapitänen» Brunner und Straub um die sich abzeichnende Notwendigkeit eines Generationenwechsels – aus «biologischen» Gründen.

Bulletin: *Das gibt mir das Stichwort: Du hast dich ziemlich negativ über Schmidheiny geäußert, aber damals war doch die Rede vom gefundenen Sohn, der quasi auch ein öffentliches Gelübde abgelegt hatte, dass er den Stammsitz Zug der L&G erhalten würde.*

Ruedi: Einfach ein bisschen kleiner ... Nein, Du hast mit Deinem Einwand insofern recht, als damals natürlich die Blütezeit der Raiders war, Rey, Tettamanti und Konsorten, die Industrieunternehmen eigentlich nur als Ausgangsbasis für ihre Finanzspekulationen benutzen und dabei regelrecht aussaugen. Davor hatten wir damals tatsächlich Angst, und so gesehen haben Brunner und Straub das für uns kleinere Übel gewählt.

Bulletin: *Ein Wort zu ACB, Andreas C. Brunner. Inwiefern stimmt das fast schon nostalgisch verklärte Bild vom wohlmeinenden, für seine Be-*



«Im Kader wurden vergleichsweise nur sehr wenig Leute entlassen, wenn ich das mit dem Kahlschlag in einzelnen Produktionsbereichen vergleiche.»

■ Bilder Bulletin

legschaft und das Gesamtunternehmen besorgten Patron?

Ruedi: Ich habe nur sehr wenig persönliche Erfahrungen mit ihm gehabt. Was mir schnell aufgefallen ist, wie hoch sein Ansehen bei den langjährigen MitarbeiterInnen war – und vermutlich immer noch ist. Du musst sehen, dass Brunner das Synonym war für einschneidende soziale Verbesserungen, er hat die Erfolgsbeteiligung eingeführt – die dann übrigens unter Kissling abgeschafft wurde! Er verkörperte in einem gewissen Sinne auch die AHV, die sein politisches Steckenpferd war.

Klar, die L&G musste rentieren und tat das unter Brunner meistens auch, aber es ging dabei nicht nur um die Gewinnmaximierung.

Er war der aufgeklärte Patriarch, der sich auch nicht scheute, ein Kader vor versammelter Betriebskommission zusammenzustauchen,

wenn es Anlass dazu gab. Das habe ich selber mal noch erlebt.

Bulletin: *Und andererseits war es derselbe Brunner, der den Gewerkschaftsaktivisten und RML-Nationalratskandidaten Bruno Bollinger 1975 aus politischen Gründen entliess.*

Ruedi: Das sehe ich etwas anders: Um zu verstehen, worum es damals ging, muss ich etwas ausholen:

1975 war ACB eigentlich unbestrittener FDP-Nationalrat. Die SP wagte damals nicht, einen Gegenkandidaten aufzustellen, sie glaubte nicht an eine Erfolgchance. Dann kam die RML (Revolutionäre Marxistische Liga) und stellte dem Landis-&-Gyr-Boss Brunner den Landis-&-Gyr-Arbeiter Bruno Bollinger als Nationalratskandidaten gegenüber – die Symbolik war klar: Kapital gegen Arbeit. Da konnte die SP fast nicht

mehr anders und stellte auch einen Kandidaten auf. In der durch die Kandidatur von Bruno entstandenen Polarisierung wurde Brunner abgewählt und Fräfel von der SP ziemlich unerwartet Nationalrat. Ein paar Monate nach den Wahlen wurde Bruno entlassen, obwohl Brunner während des Wahlkampfes mehrmals erklärte, dass es das durchaus verträglich sei, wenn jemand aus dem Betrieb gegen ihn kandidiere. Ich glaube nicht, dass Brunner diese Entlassung angeordnet hat, sondern seine gesundheitsbedingte Abwesenheit ausgenützt wurde, um Bruno loszuwerden. Es würde mich nicht wundern, wenn damals auch rechte Gewerkschafter ihre Hände mit im Spiel hatten. Wir wissen über kantonale Fischen heute ja, dass aus dieser Ecke sogar Spitzeldienste für die politische Polizei geleistet worden sind. Aber das ist zum Glück Geschichte.

Bulletin: *Damals gab es eine linke Opposition innerhalb der Gewerkschaften, die den Arbeitsfrieden bekämpfte. Du hast auch zu dieser Opposition gehört, heute bist Du Präsident des SMUV – ein langer Weg!*

Ruedi: Darin widerspiegelt sich der Generationenwechsel in den Gewerkschaften, der aber leider viel zu spät stattgefunden hat. Ich bin gleich mit dem Eintritt in die Lehre SMUV-Mitglied geworden – übrigens vom heutigen Urner SP-Regierungsrat Ziegler geworben. In der Stiffti habe ich wenig mitbekommen. Damals war die Arbeitsmarktsituation noch ganz anders, es herrschte Hochkonjunktur vor dem Ölschock 1973/74.

Bulletin: *Du bist 1982 in die Betriebskommission gewählt worden und hast deren Tätigkeit schon vorher intensiv verfolgt. Was hat sich da verändert?*

Ruedi: Im Werkstattbereich, der von der Betriebskommission (BK)



«Ich glaube nicht, dass Brunner diese Entlassung angeordnet hat, sondern seine gesundheitsbedingte Abwesenheit ausgenützt wurde, um Bruno loszuwerden.»

vertreten wurde, war der Schwerpunkt eigentlich immer der Lohn – kein Wunder, die Werkstatt war der Niedriglohnbereich im Betrieb. Der Vorwand für Brunos Entlassung 1976 war übrigens sein Vorschlag in einem Flugblatt, dass ein Warnstreik als mögliche Kampfmassnahme für die Beibehaltung des Teuerungsausgleichs diskutiert werden solle.

Ein wichtiges Thema war und ist die Arbeitszeit. Nachdem wir die 40-Stunden-Woche «erhandelt» hatten, rückte die Ausgestaltung der Arbeitszeit ins Zentrum. Während vor etwa 20 Jahren das erste Gleitzeitre-

glement etwa 10 Jahre Gültigkeit hatte, wurde es danach in immer schnelleren Rhythmen abgeändert. Das Ziel der Geschäftsleitung ist klar: Flexibilisierung, ohne viel Überstunden zahlen zu müssen. Beides sind auch heute noch wichtige Fragen, aber andere Punkte sind ebenso wichtig geworden: die Arbeitsplatzsicherheit, die Pensionskassenfrage oder die innerbetriebliche Bewältigung des immer rasanter werdenden technologischen Wandels.

Für mich persönlich war die Weiterbildung ein zentrales Anliegen.

Vom Kader bin ich noch in den 80er Jahren ausgelacht worden, als ich gefordert hatte, dass jedeR Gelegenheit haben muss, pro Woche eine Stunde mit einem PC frei zu arbeiten, um mit dieser neuen Technik vertraut zu werden. Lernbereitschaft zu fördern und die Leute besser zu qualifizieren sind ganz zentrale Dinge, damit die einzelnen von der Entwicklung nicht überrollt werden.

Bulletin: *Wie ist die Stimmung im Betrieb?*

Ruedi: Teils gut, teils schlecht. Es gibt in vielen Bereichen einen ziemlich tiefen Graben zwischen Management und Belegschaft, und viele Leute sind entweder geladen, frustriert oder haben resigniert.

Es gibt aber auch GewinnerInnen der ganzen Entwicklung, es wurde Raum für Aufstieg und Karriere geschaffen. In einzelnen Bereichen herrscht ein frischer, wohlthuender Wind, es sind einige jüngere Leute eingestellt worden, und die Zahl der interessanten Arbeitsplätze ist sicher grösser geworden.

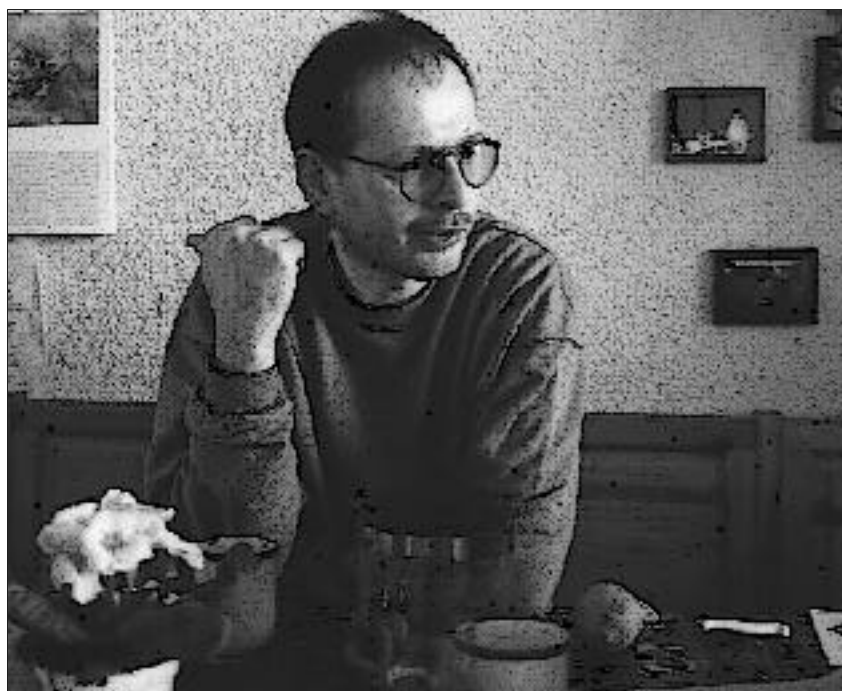
Bulletin: *Und wie steht Frau/Mann zum Elektrowatt-Deal?*

Ruedi: Wie schon gesagt: Die Grundstimmung gegenüber der Geschäftsleitung im Sinne von «Schlechter kann es nicht mehr werden» ist eine Realität. Von daher sind die Erwartungen an Elektrowatt nicht sehr hoch, es herrscht vorwiegend eine nüchterne Abwartehaltung. Die Leute machen sich keine grossen Illusionen, was da kommen wird.

Bulletin: *Sicher auch eine Folge des Pensionskassendebakels, für das Kissling einen Teil der Verantwortung trägt?*

Ruedi: Ja – wobei für mich persönlich die Frage nach den Schuldingen nicht im Zentrum steht.

Das Debakel zeigt doch ganz ein-



«Das Bild in der Öffentlichkeit von einem eher trägen Betrieb, in dem Mann/Frau so ein bisschen vor sich hin schaffen, hat so nie gestimmt.»

fach, dass die sogenannte zweite Säule eine Fehlkonstruktion ist. Statt einer Volkspension, die ganz einfach jedem Mitglied der Gesellschaft die Mittel sichert, einen würdigen und anständigen Lebensabend zu genießen, haben wir mit den Pensionskassen ein System, das fast niemand wirklich versteht und das zu Missbräuchen geradezu einlädt.

Was war das Grundproblem bei der L&G-Pensionskasse? Der «alte Brunner» hatte die Kasse nach dem Leistungsprimat konzipiert, das eine gewisse Solidarität der Jungen mit den Alten verlangt. Dieses System wurde für die neue Geschäftsleitung zu einem Hindernis bei ihren Umbauplänen, weil es Entlassungen und Frühpensionierungen teurer macht als eine Kasse mit Beitragsprimat. Um den Systemwechsel der Kasse aber finanziell zu ermöglichen, brauchte die PK mehr Geld – und genau zu diesem Zweck wurde der alte Verwalter (de Weck) durch einen

neuen, aggressiven Spezialisten ersetzt (Haas), der den klaren Auftrag hatte, die Performance der Kasse massiv zu erhöhen. Das hat er zu Beginn auch mit grossem Erfolg gemacht. Aber die grossen Risiken dieser Strategie waren bekannt, wurden bewusst eingegangen! Jetzt will es natürlich niemand gewesen sein ...

Letztlich ging es darum, einen Teil des Umbaus des Betriebes – d.h. die Kosten der Personalreduktion – indirekt über die Pensionskasse zu finanzieren. Das ist der eigentliche Skandal, darüber schreibt niemand!

Als Gewerkschafter stellt sich für mich noch ein anderes Problem: Damit die PK ihre Rendite erreicht, müssen ihre Investitionen rentieren. Da sitze ich also in der Regionalkonferenz mit GewerkschafterInnen aus anderen Innerschweizer Betrieben zusammen und müsste als Mitglied der L&G-Pensionskasse, die vielleicht in die Betriebe dieser KollegInnen investiert hat, sagen: He Leute,

schauf zu, dass Euer Betrieb rentiert, «wir» haben da Geld drin... Ein per-verses System!

Bulletin: Die L&G hat eine Zeitlang bei der Aktion «Taten statt Worte» (Frauenförderung im Betrieb) mitgemacht. Wie ist die Position der Frauen im Betrieb?

Ruedi: Da würdest Du vielleicht besser eine Frau fragen. Also was die Lohngleichheit betrifft, ist es schon so, dass seit langer Zeit für die gleiche Arbeit der gleiche Lohn bezahlt wird. Unser Bewertungssystem ist geschlechtsunabhängig und funktioniert gut – soweit ich das beurteilen kann. Die Ungleichheit besteht nach wie vor darin, dass Frauen v.a. in Niedriglohnbereichen arbeiten und dort besonders die Leidtragenden der Abbaumassnahmen waren. Immerhin muss dem Betrieb zugestanden werden, dass bei der Ausbildung der Lehrlinge spürbare Bemühungen da sind, Frauen für klassische, besser qualifizierte Männerberufe zu gewinnen.

Was den Aufstieg von Frauen in Kaderpositionen betrifft, sind mir keine speziellen Aktivitäten bekannt. Hier gibt es noch immer wenig Frauen.

Bulletin: Die L&G hat sich im Gefolge der Übernahme durch den vermeintlich grünen Schmidheiny auch ein ökologisches Image gegeben. Nun ist aber das im Rahmen eines Nationalfondsprojektes entwickelte Konzept einer Parkplatzbewirtschaftung nie realisiert worden. Die L&G als mit Abstand grösster «Parkplatz» in der Stadt Zug hätte damit ein dringend benötigtes Signal setzen können. Was ist passiert?

Ruedi: Das war – oder ist – tatsächlich eine interessante Geschichte. Das wichtigste Ziel des Projektes war ja, möglichst viele Auto-PendlerInnen zum Umsteigen auf Füsse, Velo und öffentlichen Ver-



«Der Druck Richtung Rentabilisierung wird nicht kleiner, im Gegenteil: Elektrowatt wird den hohen Kaufpreis verzinst haben wollen.»

kehr zu bewegen. Kernstück dabei war die Parkplatzbewirtschaftung. Soweit bestand Einigkeit. Wir haben von der Arbeitnehmervertretung aus aktiv mitgemacht und die Vorschläge unterstützt. Der Knackpunkt war dann die Frage: Was passiert mit dem Geld, das neu über die Parkplatzbewirtschaftung reinkommt? Dass der Unterhalt und die Investitionen daraus finanziert werden, war klar, aber der Rest? Immerhin ging es bei 1050 Parkplätzen um eine runde Mio. Fr. jährlich.

Wir haben uns klar auf den Standpunkt gestellt, dass dieses Geld wieder an die gesamte Belegschaft verteilt werden soll, der Betrieb sollte sich daran nicht bereichern. So wäre auch die Lenkungs-funktion optimal gegeben.

Schlussendlich wurde das Projekt von der Geschäftsleitung auf Eis gelegt. Ich vermute auch, dass

während der ganzen Umstrukturierungen, wo die Leute schon so viel schlucken mussten, das Fuder nicht überladen werden sollte, denn die meisten AutopendlerInnen hätten natürlich keine Freude gehabt.

Jetzt gibt es aber einen neuen Anlauf.

Bulletin: Wie schätzt Du persönlich die Auswirkungen der Übernahme auf die Zukunft des L&G-Standortes Zug ein?

Ruedi: Zuerst einmal: Wenn Du schaust, wieviel Elektrowatt für die L&G bezahlt hat, dann ist klar, dass viel Substanz vorhanden ist! Gewisse Bereiche sind jetzt erst im Break-Even-Bereich, d.h., sie werden wieder profitabel, ich denke da z.B. an den neuen elektronischen Haushaltszähler. Elektrowatt dürfte also auch mit einer gewissen Zurückhaltung anfangen und erstmal die reifen Früchte ernten.

Andererseits ist klar, dass der Druck Richtung Rentabilisierung nicht kleiner wird, im Gegenteil: Elektrowatt wird den hohen Kaufpreis verzinst haben wollen.

Ebenso klar scheint mir, dass konzernfremde Bereiche wie das Telefoniegeschäft früher oder später verkauft werden – eher früher, Ronner hat ja gesagt, er wolle vorwärts-machen.

Wenn ich mir vor Augen halte, wie viel Platzreserven auf dem Gelände potentiell vorhanden sind, ist das Monopoly hier schon absehbar. Der NATO-Zaun rund um das Gelände, der nie ganz fertig gestellt wurde, soll schon bald ganz abgebrochen werden.

Ich muss in letzter Zeit öfters an eine Karikatur denken, die bei uns während meiner Lehrzeit kursierte: Darauf waren grosse Gebäude zu sehen: für Verwaltung, für Entwicklung, für Sicherheit etc. Daneben stand noch eine kleine Hütte für die Produktion. □

«Eine L&G kann man doch nicht bevormunden»

Die fünf Arbeitnehmer-Vertreter haben es schwer im Stiftungsrat der L&G-Pensionskasse. Die städtische Vormundschaftsbehörde hat es ihnen noch schwerer gemacht. Um den «guten Draht» zur Konzernspitze nicht zu gefährden?

Josef Lang

«Ob ein solcher Stiftungsrat im Amt belassen werden könne», diese Frage stellte eine siebenköpfige Delegation der L&G-Belegschaft am 24. Januar 1995 auf der Direktion des Innern. Deren Sekretär Urs Hürlimann gab laut dem von ihm selbst erstellten Protokoll folgende Antwort: «Im Sinne der Verhältnismässigkeit und unter Beachtung der Destinatärinteressen hat sich die Aufsichtsbehörde für die fachliche Begleitung der Tätigkeit des Stiftungsrates durch eine ausserordentliche Kontrollstelle entschieden.»

Die Schwachen im Stich gelassen...

Die Vertreterin und die sechs Vertreter konnten damals nicht wissen, dass die Direktion des Innern als Aufsichtsbehörde nach Bekanntwerden des 170-Millionen-Loches in eine ähnliche Richtung wie sie gehen wollte. Ihr «Antrag auf Errichtung einer Beistandschaft» vom 24. November 1994 wurde von der zuständigen gemeindlichen Vormundschaftsbehörde und vom Stadtrat abgelehnt. Dies führte zu einem heftigen Streit zwischen den beiden Gremien (siehe Kasten). Die Tatsache, dass sich der hart auftretende Stadtrat gegen die Direktion des Innern durchgesetzt hat, könnte mit dem Wechsel im Regierungsrat um die Jahreswende 1994/95 von Andreas Iten zu Peter Bossard zusammenhängen. In der Folge hat Regie-

Stadtrat kniff

Letztendlich verantwortlich für die Tätigkeit einer Pensionskasse ist deren oberstes Organ, der Stiftungsrat. Weil bei Vernachlässigung der Pflichten nur dieser Stiftungsrat eine Verantwortlichkeitsklage erheben kann, also Kläger und Beklagter gleichzeitig wäre, sieht das Gesetz in einem solchen Fall die Einsetzung eines Bestandes vor, der anstelle des Stiftungsrates Klage erheben kann. Verantwortlich für die Verbeiständung ist die gemeindliche Vormundschaftsbehörde, die in Zug Stadtrat Romer untersteht.

Die vorsorgliche Einsetzung eines solchen Bestandes beantragte als Aufsichtsbehörde der Pensionskasse die Direktion des Innern dem Zuger Stadtrat mit Brief vom 24. November 1994, «damit zum gegebenen Zeitpunkt nötigenfalls gehandelt werden kann.»

Was den Stadtrat dazu bewog, für teures Geld ein zusätzliches Gutachten bei einem Zuger Anwaltsbüro einzuholen und den Antrag des Regierungsrates glatt abzulehnen, ist Gegenstand einer Interpellation, die Anfang April im GGR beantwortet wird.

Die heftige Reaktion der Direktion des Innern auf diese Ablehnung ist untenstehend dokumentiert:



rungsrat Peter Bossard im Kantonsrat und gegenüber den Medien die stadträtliche Position vertreten, ohne dass wir wussten, dass die Aufsichtsbehörde ursprünglich eine andere, korrektere Politik verfochten hat.

Mit der Weigerung der städtischen Vormundschaftsbehörde, einen Bestand einzusetzen, hat sie die Arbeitnehmer-Vertreter inner- und ausserhalb des Stiftungsrates im Stich gelassen. Deutlich kommt das bei den laufenden Vermittlungsver-

handlungen unter alt Bundesrat Honnegger zum Ausdruck. Gegenüber den wirtschaftlichen Grossmächten Landis & Gyr, Elektrowatt, Coopers & Lybrand und Schmidheiny sind die Stiftungsräte ziemlich machtlos. Die Arbeitnehmer-Vertreter sind zudem arbeitsplatzmässig abhängig, sachlich und zeitlich überfordert.

Ein kompetenter, vom Stadtrat eingesetzter, vom Regierungsrat gestützter, unter dem Druck der Öffentlichkeit und der Belegschaft ste-

Wozu ist ein Muster-Parkplatz-Reglement da? Ist doch klar: um es nicht einzuhalten, sonst wär's ja kein Muster. In etwa so dürfte der Gedankengang in der Baudirektion bei der Planung der zweiten Etappe des Verwaltungsgebäudes An der Aa gewesen sein – das Projekt hält sich nämlich nicht an besagtes Reglement und sieht viel zu viel Parkplätze vor.

Die Reaktion: drei Einsprachen von VCS, WWF und städtischer SGA. Nun liess Twerenbold bei der städtischen SGA sondieren, ob diese bereit wäre, ihre Einsprache zurückzuziehen, wenn die PP-Zahl um 20 oder 30 reduziert würde.

Vielleicht wechselt Twerenbold bald ins eidgenössische Landwirtschaftsdepartement, wenn Delamuraz geht: Dort sind Kuhhändler an der Tagesordnung

P.S.: Selbstverständlich ging die SGA auf das Ansinnen nicht ein...

*

Während die Zahl der auf Twerenbolds Abgang Plangenden weiterhin zunimmt, möchte das «Füürhorn» scheinbar SP-Stadtrat Spescha loswerden, der in der 96er-Ausgabe des Feuerwehr-Fasnachtsblattes ausgiebig an die Kasse kommt. Haupt-

thema sind diesmal erwartungsgemäss die Parkplätze respektive deren Bewirtschaftung durch die Stadt. Verantwortlich für den im «Füürhorn» durch den Kakao gezogenen Vollzug ist aber FFZ-Stadtrat Christen. Der glänzt im «Füürhorn» allerdings durch Abwesenheit...

*

Pensionskassen-Geschichten dürften derzeit einigen Leuten im Kanton Zug den Schlaf rauben.

Die Direktion des Innern möchte dem entgegenwirken und veranstaltet Ende März schon das dritte Mal ein «Pensionskassen-Stiftungsrats-Seminar».

Anmeldungsformulare können bei der Schweizerischen Bankgesellschaft bezogen werden, mit der zusammen das Seminar organisiert wird. Wieso nicht gleich zusammen mit Coopers und Lybrand STG, der kompetenten ehemaligen Kontrollstelle der L&G-Pensionskasse? Wenn schon der Bock zum Gärtner gemacht werden soll, dann doch richtig!

*

Einer, der auch schlaflose Nächte erlebt hat: Ex-Regierungsrat und Fi-

nanzdirektor Urs Kohler, der im kleinen Kreis bekannte, er könne nicht schlafen, wenn er an die Staatsfinanzen denke.

Ob die neue Finanzdirektorin Schwerzmann auch schlaflose Nächte hat angesichts der Kosten, die Kohlers Ruhestandsrente den Kanton bis zu dessen Pensionierung kostet? Nach zwölf Jahren Regierungstätigkeit sackt Kohler nämlich über zwei Mio. Fr. Rente ein – einfach so.

*

Unbekannt ist, wie viel schlaflose Nächte freisinnige GemeinderätInnen wegen der bösen (alternativen) Opposition plagen. Offenbar einige, denn diese Interessengruppe hat im FDP-Parteivorstand für die Befürwortung des Majorzes gesorgt, gegen die Empfehlung einer hochkarätigen internen Arbeitsgruppe.

Begründung: Mit dem jetzt gültigen Proporz könnten nämlich Personen gewählt werden, «denen ein Minimum an Konsensfähigkeit abgeht oder die sogar Obstruktion als Ziel ihrer Amtstätigkeit benannt» hätten. Übersetzung: «Wir wollen in Ruhe am Sessel kleben können – ohne Angst vor frischem Wind!»

Mal sehen, was das Volk dazu meint.

hender Beistand könnte die Interessen der Pensionskasse und damit der Versicherten viel besser vertreten als der amtierende Stiftungsrats-Anwalt von L&G-Gnaden.

... aus Rücksicht auf die Starken

Der Beistand fehlt den Arbeitnehmer-Vertretern (es sind nur Männer im Stiftungsrat) nicht erst seit der Veröffentlichung des Schlussberichts Anfang Februar. Von der Autorin des Schlussberichts, der ausserordentlichen Kontrollstelle Revisuisse, wurden die Arbeitnehmer-Vertreter zwar befragt, aber nicht ernst genommen. Das zeigt ein Vergleich der unveröffentlichten, mir zugespielten Befragun-

gen mit dem Schlussbericht: Jene finden in diesem praktisch kein Echo. Dies könnte eine gefährliche Folge haben: Weil die systematische Marginalisierung der Arbeitnehmer-Vertreter im Stiftungsrat unterschlagen wird, droht diesen eine finanzielle Mitverantwortung. Selbst wenn der mögliche Regress, den beispielsweise eine Elektrowatt auf den Stiftungsrat nehmen könnte, nur symbolisch ist, wäre das eine ziemliche Katastrophe.

Ich werfe dem Stadtrat und der zuständigen Vormundschaftsbehörde nicht vor, solche Gefahren bewusst in Kauf genommen zu haben. Sie haben bei ihrem Entscheid gar nicht an die ArbeitnehmerInnen und ihre Vertreter gedacht. Ihr Ge-

danke war ein anderer, und der lautet, wie mir ein Politiker am Telefon sagte: «Eine Landis & Gyr darf man doch nicht bevormunden.» Der hauptsächlich zuständige Stadtrat hat sich gegenüber einem Betroffenen konkreter ausgedrückt: «Zu Kissling habe ich einen guten Draht.»

Die Zuger Behörden, vor allem die städtischen, denken bei der Landis & Gyr zu viel an deren Management und zu wenig an deren Belegschaft. Am deutlichsten zeigte sich das Ende 1994, als sie im Rahmen der Stadtplanung die Totalöffnung des L&G-Areals für Fremdbüros unterstützten und die Verbeiständung des L&G-Stiftungsrates verweigerten. □

Es wird langsam Zeit...

Seit dem 26. September 1995 werden Unterschriften für weniger Militär und mehr Demokratie gesammelt. Es handelt sich dabei um die «Umverteilungsinitiative» und die Initiative für das «konstruktive Referendum». Beide wurden im SGA-Bulletin 3/95 vorgestellt. Leider sieht der derzeitige Stand der Unterschriften nicht gerade rosig aus. Unterschreiben Sie deshalb die diesem Heft beiliegenden Bögen, es lohnt sich.

Thomas Ulrich

Das konstruktive Referendum soll eine Ergänzung zum traditionellen Referendum sein. Das letztere zwingt ja bekanntlich zur "Alles oder nichts"-Frage, was oft zu sehr unbefriedigenden Situationen führt, wie dies bei der 10. AHV-Revision oder beim Neat-Referendum der Fall war. Das konstruktive Referendum würde dem Bürger erlauben, nur einen Teil einer Gesetzesvorlage in Frage zu stellen. So hätte z.B. bei der 10. AHV-Revision nur die Erhöhung des Rentenalters verhindert werden können, ohne z.B. das Splitting zu gefährden.

Zwei Gegenargumente

Man wird sich nun sagen: Na ja, die Idee mag edel sein, aber wird da nicht durch die Hintertür die Gesetzesinitiative eingeführt und das Stimmvolk noch mehr überfordert? Ich selbst war lange der Meinung, dass das konstruktive Referendum zu einem unüberschaubaren Abstimmungssalat führen wird. Beim genaueren Hinsehen werden diese Gegenargumente jedoch relativiert. Rein technisch kann das konstruktive Referendum nicht als Gesetzesinitiative gesehen werden, denn in der Gesetzgebung würde auch dann kein Weg am Parlament vorbeiführen. Da zudem für die Ausarbeitung des Gegenvorschlages und die Unterschriftensammlung wenig Zeit zur Verfügung steht, dürften



sich die Gegenvorschläge in der Regel an Anträgen orientieren, die in der parlamentarischen Beratung unterlegen sind.

Kein Abstimmungssalat

Auch der Abstimmungssalat kann verhindert werden. Es muss nur dafür gesorgt werden, dass das konstruktive Referendum, also der Gegenvorschlag, nicht gleichzeitig als Referendum im herkömmlichen Sinne gilt. Wichtig ist diese Massnahme aus drei Gründen: Erstens wird das Abstimmen vereinfacht, weil die Option «Status Quo» wegfällt. Zweitens wird das doppelte Nein verunmöglicht. Dies ist korrekt so, denn die Urheber des Gegenvorschlages hatten ja bewusst kein «normales» Referendum ergriffen, weil sie nicht eine Nulllösung, sondern eine andere Lösung als die Parlamentsmehrheit fordern. Drittens bleibt die Voraussetzung für die Wahlmöglichkeit des Status Quo das Zustandekommen eines herkömmlichen Referendums. Es ist ja logisch auch nicht einzusehen, warum sich an dieser Systematik durch die Einführung des konstruktiven Referendums etwas ändern sollte.

Konkret

Beim Zustandekommen eines konstruktiven Referendums kreuzen die Stimmberechtigten auf ihrem Stimmzettel nur an, ob sie den Vorschlag des Parlamentes oder den Gegenvorschlag vorziehen.

Nur wenn neben dem Gegenvorschlag zugleich ein «normales» Referendum ergriffen wurde, hat die/der Stimmberechtigte zusätzlich die Möglichkeit zur Wahl des Status Quo. Abgestimmt würde im letzteren Fall nach dem Verfahren des doppelten Ja mit Stichfrage – wie es bereits bei Volksinitiativen mit Gegenentwurf der Bundesversammlung angewendet wird (s. Art. 121bis BV). Selbst in diesem Fall würde man also mit einer Abstimmung auskommen.

Nur im Fall von mehreren Gegenvorschlägen, die sich gegenseitig ausschliessen, müsste mehr als eine Abstimmung erfolgen. Meiner Meinung nach müsste es bei N solchen Gegenvorschlägen auch N Abstimmungen geben, und zwar unabhängig davon, ob noch ein «normales» Referendum ergriffen wurde oder nicht. N=3 scheint mir schon recht unwahrscheinlich, in der Praxis sollte es also keine riesigen Probleme geben. □

Fichen, Asylunterkünfte und Universale Kirche

Hanspeter Uster

Auch der Kanton Zug hat – endlich – Einsicht in die kantonalen Fichen und Dossiers gewährt. Jahrelang hatten sich der frühere Justiz- und Polizeidirektor und der Regierungsrat auf den Standpunkt gestellt, es gäbe keine kantonalen Staatsschutzakten. Im Sommer 1990 – damals war ich noch im Kantonsrat – verlangte ich Einsicht in die kantonalen Fichen und Dossiers, auf jeden Fall aber einen Vergleich zwischen den Bundesakten und den vom Kanton erstellten Kopie-Akten. Wenn diese nicht übereinstimmten, so meine Argumentation, seien die Kopie-Akten beim Kanton als kantonale Akten zu qualifizieren. In die müsse der Kanton Einsicht gewähren. Die Regierung lehnte mein Begehren jedoch ab, ebenso das Verwaltungsgericht meine Beschwerde dagegen. Das Verwaltungsgerichts-Urteil zog ich ans Bundesgericht weiter. Im Mitberichtsverfahren erklärte der Generalsekretär des EJPD, Armin Walpen (nun designierter SRG-Boss): zumindest ein Vergleich von Bundesakten und vom Kanton erstellten Kopie-Akten müsste gemacht werden. Der Regierungsrat (ohne mich, ich war im Ausstand) stimmte dem im November 1992 zu – und, oh Wunder, Bundesakten und kantonale Akten stimmten nicht überein.

Selbstverständlich bedeutete das nicht nur Akteneinsicht für mich selber; auch alle anderen, die 1990 oder später beim Kanton ein Gesuch gestellt



Durchgangsstation Zugerberg: statt der isolierten Unterbringung endlich eine dezentrale Lösung auf Gemeindeebene. ■ Bild Bulletin

hatten, bekamen den gleichen Anspruch. Weil die Akten des Kantons Zug beim Bund deponiert und einige Fragen zu klären waren, kamen die Akten erst im September 1995 zurück. Ein Mitarbeiter und eine Mitarbeiterin durchforsteten dann die kantonalen Fichen und Akten in aufwendiger Kleinarbeit. Bei rund 40 GesuchstellerInnen war eine Fiche vorhanden, bei über 300 nicht. Ein weiteres (ich hoffe, das letzte) Kapitel des Zuger Staatsschutzes ist endlich abgeschlossen.

Dezentrale Asylunterkünfte

Die Durchgangsstation Zugerberg genügte seit längerem den Anforderungen nicht mehr. Lange vor dem Brand diskutierten wir Alternativen. Die WoZ vom 16. Februar 1996 machte darauf aufmerksam, dass die Zuger Regierung beschlossen hat, den „Zugerberg“ aufzugeben und rund 100 Plätze auf die Ge-

meinden zu verteilen. Ich habe mich seit langem für eine solche Lösung eingesetzt: Dezentral untergebrachte Asylsuchende bekommen weniger «Lagerkoller» und sind auch viel besser integriert. Die Gefahr von Gewalt – nach innen und von aussen – ist mit Sicherheit kleiner und die Sicherheit für alle grösser.

Universale Kirche...

... oder Weltfundament für Natur-Wissenschaft: zwei ganz klar antisemitische Organisationen. Ich habe deshalb dem Verantwortlichen des Chamer Lorzensaals mit aller Deutlichkeit abgeraten, einem Seminar des Weltfundaments einen Saal zu vermieten. Wie das Obergericht im Fall eines Zuger Anwalts, der zum Direktorium des Weltfundaments gehört, bezüglich Anwaltspatent entscheiden wird, steht bei Redaktionsschluss (13. März 1996) noch aus. □

Geld regiert die Debatten

Der von der Regierung beschlossene Teuerungsausgleich und der Staatsvoranschlag 1996 wurden an der Dezembersitzung heiss diskutiert. Im Januar war der Kauf eines Magnet-Resonanz-Tomographen (MRT) für das Kantonsspital traktandiert (siehe Artikel auf Seite 30). Schwer getan hat sich die Alternative Fraktion mit ihrer Position zum MRT-Kauf. In der Februarsitzung genehmigte der Rat Sybilla Schmid's Wechsel von der engen in die erweiterte Staatswirtschaftskommission.

Arlene Wyttenbach

Im Rahmen der Debatte um die Finanzplanung und den Staatsvoranschlag im Dezember 1995 war der von der Regierung beschlossene Teuerungsausgleich für das Staatspersonal einer der meist kritisierten Punkte. Die Entscheidungskompetenz liegt zwar klar bei der Regierung, doch Peter Rust (CVP, Walchwil) stellte den Antrag, das Budget 1996 um den Betrag des Teuerungsausgleichs zu kürzen und so die Regierung zu zwingen, auf das Ausrichten der Teuerung zu verzichten... Er fand keine Mehrheit, der Antrag wurde mit 49:19 Stimmen abgelehnt (15 CVP-Leute, 3 SVPl'er, d.h. die ganze Fraktion, und 1 FDPl'er). Doch etliche Redner (frau/man beachte die Grammatik) aus der CVP (Willy Bernet, Konrad Studerus, Marcel Meyer und eben Peter Rust) entpuppten sich als Hardliner gegenüber dem beschlossenen Teuerungsausgleich. Einzig Beat Villiger (CVP, Baar) stiess nicht ins gleiche Horn. Die FDP sagte «mit lautstarkem Murren» ja zum Teuerungsausgleich, sie wollten wohl ihrer Parteigenossin im Finanzdepartement nicht allzu hart entgegentreten.

Ich bin jetzt schon gespannt, ob die gleichen Redner in zustimmendem Sinne ans Mikrofon treten werden, wenn es um die Motion der Alternativen Fraktion zur Revision des Hauptamtgesetzes (Gesetz über die Rechtsstellung der Mitglieder des



Weiterhin keine Hilfe für einkommensschwache MieterInnen im Hoch-Mietzinskanton Zug.

■ Bild Bulletin

Regierungsrates) geht. Mit der Revision will die AF die grosszügige Abgangschädigung und die Altersrente (ab 55 Jahren) für die Regierungsmitglieder kürzen und der heutigen finanziellen Situation anpassen.

Ein Auenwald für 1/2 Mio. Franken?

Die Vorlage um die Sanierung des Reussdammes wurde durch einen Minderheitsbericht von Anne Ithen (Gleis 3, Risch) und MitunterzeichnerInnen ergänzt, in welchem ein zweiter Auenwald gefordert wurde (notabene auf dem Land des

ETH-Versuchsgutes). Doch die zusätzliche halbe Million Franken war für die Mehrheit des Parlaments nicht mehr verträglich. Geld ging wieder mal vor Umwelt- und Naturschutz. Auch der Baudirektor Paul Twerenbold sprach sich dagegen aus, konnte aber am Minderheitsbericht nichts aussetzen: Er beurteilte ihn als fachlich überzeugend und fand auch nichts Falsches darin...

Zuschüsse für einkommensschwache MieterInnen

Ende November 1990 war vom Präsidenten des Hauseigentümer-

Bestimmt nicht arbeitslos

verbandes Beat Bussmann (CVP) eine Motion für ein kantonales Mietzins- und Hypothekarzinszuschussgesetz eingereicht worden. Im Mai 1993 wurde diese Motion erheblich erklärt und ein Entwurf für die Ausrichtung von Mietzinszuschüssen ausgearbeitet.

Gemeinden lehnten Vorschlag grossmehrheitlich ab

Dieser Entwurf ging im Sommer 1995 in die Vernehmlassung und wurde von den Gemeinden und den Parteien grossmehrheitlich abgelehnt. Argumentiert wurde mit dem grösseren Leerwohnungsbestand, der regen Bautätigkeit, den sinkenden Hypothekarzinsen und den neuen, durch das eidgenössische Wohneigentums-Förderungsgesetz (WEG) subventionierten Wohnungen.

Motion für unerheblich erklärt

Die Regierung übernahm diese Argumente und beantragte dem Kantonsrat, die Motion nun nicht mehr erheblich zu erklären und abzuschreiben. Der Motionär erklärte sich damit einverstanden und dankte der Regierung für ihren Bericht. Der Sprecher der FDP, Christoph Straub, dankte dem Motionär für seine späte Einsicht und verwies stolz darauf, dass seinerzeit 1993 die FDP bereits gegen die Erheblichkeitsklärung der Motion votiert habe, weil sie auch auf dem Wohnungsmarkt endlich den Markt spielen lassen wolle und für die Marktmiete sei.

Es bleibt der Leserin und dem Leser überlassen, ob sie/er ebenfalls findet, dass es genügend freie Wohnungen zu bezahlbaren Preisen auf dem Zuger Wohnungsmarkt hat. Die SP- und Alternative Fraktion setzten sich vergeblich für eine Mietzinszuschuss-Regelung ein. □

Der 1994 gegründete Verein für Arbeitsmarktmassnahmen (VAM) wird an seiner nächsten Generalversammlung am 25. April mit etwas Stolz auf das bisher Geleistete zurückblicken können, aber auch mit Sorge auf das zukünftig zu Bewältigende hin. Die Arbeitslosigkeit will trotz steigender Gewinnraten nicht sinken. Immer wieder sind Schlagzeilen über Entlassungen in grösserem Stil zu lesen.

Sybilla Schmid

Der VAM gehört zwar zu den jüngsten Zuger Institutionen, ist aber gleichwohl nicht mehr aus dem Zuger Alltag wegzudenken. Seinem Vorstand gehören VertreterInnen des Kantons, der Gemeinden, der Arbeitgeber, der Gewerkschaften, des Zuger Arbeitslosentreffs (ZALT) und der Landeskirchen an. Ich selber bin vom Zuger Gewerkschaftsbund in den Vorstand delegiert worden. Fast alle Vorstandsmitglieder sind PolitikerInnen und AmtsträgerInnen. So sind unter anderem fünf Mitglieder des Zuger Kantonsrates dabei: Ich (Alternative Fraktion), Trudy Fux und Erna Staub (SP), Hanspeter Schlumpf und Josef Zeberg (FDP). Die CVP stellt in der Person von Regierungsrat Robert Bisig den Präsidenten des Vereins. Trotz dieser pluralen Zusammensetzung ist der Vorsprung, den die Repräsentanten der kantonalen Verwaltung gegenüber den übrigen Vorstandsmitgliedern besitzen, sehr gross.

Erfolgreiches Frauenprojekt

Diese beiden Tatsachen – der Vorsprung der Verwaltung einerseits und die Anwesenheit so vieler PolitikerInnen verschiedenster Couleurs andererseits – führten im vergangenen Jahr hin und wieder zu angeregten bis hitzigen Diskussionen im Vorstand. Doch zu guter Letzt hat man sich immer wieder schon

nach kurzer Zeit gefunden; denn der Auftrag, den der Verein auszuführen hat, ist zu ernst, als dass er in einem endlosen Palaver untergehen dürfte.

Und das Resultat lässt sich sehen: Die Beteiligung an den Beschäftigungsprogrammen ist gegenüber dem Vorjahr stark angestiegen. Auch 1995 hat der VAM verschiedene neue und originelle Projekte lanciert. Bereits im Dezember 1994 startete das Nähatelier «Zick-Zack» – das erste eigentliche Frauenprojekt. Innert kurzer Zeit waren alle freien Plätze in diesem Projekt besetzt, so dass bereits im Februar der Ausbau des Nähateliers beschlossen wurde. Ich hatte in der Zwischenzeit Gelegenheit, mit einzelnen Frauen, die dieses Beschäftigungsprogramm absolviert haben, zu sprechen. Alle äusserten sich begeistert darüber und wären am liebsten für immer dort geblieben. Doch leider dauert ein Einsatz in einem Beschäftigungsprogramm nur sechs Monate, so will es das Gesetz. Dieses erfolgreiche Projekt gibt auch Ausländerinnen und Ungelernten eine Chance.

Im Januar 1995 wurde der «Veloerkennungsdienst» lanciert, und im Juni öffnete der erste Zuger Waschsalon seine Tore. Leider ist sein Standort im Werkplatz Zug an der Hofstrasse nicht sehr zentral, was den Erfolg dieser Einrichtung etwas beeinträchtigt. In Vorbereitung befindet sich inzwischen das Projekt «Papierwerkstatt und Hand-Buchbinderei», das nächstens starten wird. Dieses Projekt lehnt sich an das Konzept des Nähateliers an, ist aber auch «für Männer geeignet».

An einem von einem Teil des Vorstandes geforderten «Brain storming» wurden zahlreiche neue Projektideen entwickelt. Einige davon werden weiterverfolgt: z.B. die Einrichtung einer Cafeteria und eines Kinderhorts für die im Werkplatz beschäftigten Personen an der Hofstrasse, das Anlegen eines Gemüsegartens; andere, wie z.B. die Einrichtung eines Gleichstellungsbüros unter Einbezug und mit Hilfe von Erwerbslosen, fanden keinen Anklang. Nur soviel sei zwischen den Zeilen verraten: Meine Vorschläge gehörten teilweise zu den erfolgreichsten und teilweise zu den erfolglosesten.

Die VAM-Kantonsratsfraktion

Neben den Projekten beschäftigte sich der VAM auch mit der zukünftigen Einrichtung eines Regionalen Arbeitsvermittlungszentrums (RAV). Nachdem im Vorstand kaum Gelegenheit bestand, ausführlicher darüber zu diskutieren, lancierten wir KantonsrätInnen des VAM-Vorstands die Motion für eine wirkungsvolle öffentliche Arbeitsvermittlung im Kanton Zug. Sie hatte folgenden Wortlaut:

«Der Regierungsrat wird beauftragt, ein Konzept für eine verbesserte öffentliche Arbeitsvermittlung auszuarbeiten. Sozialpartner und Sozialpartnerinnen wie auch Vertreter und Vertreterinnen der Stellenlosen sollen zur Mitarbeit an diesem Konzept eingeladen werden. Angestrebtes Ziel ist die Schaffung eines einsatzbereiten Regionalen Arbeitsvermittlungszentrums (RAV) auf Anfang 1996.

Dem Kantonsrat soll bis Ende Oktober 1995 ein Zwischenbericht über den Stand der Vorbereitungs- und Konzeptarbeiten vorgelegt werden. Dieser Bericht soll insbesondere Angaben über den Standort, den Stellenplan und die Trägerschaft des RAV beinhalten sowie die Stellung-



Das Nähatelier «Zick-Zack» startete als erstes eigentliches Frauenprojekt im Dezember 1994 erfolgreich. ■ Bild VAM

nahmen der SozialpartnerInnen.

Kritik am KIGA

Es war weniger der Inhalt der Motion als vielmehr die dazu eingereichte Begründung, die Kritik an der Arbeitsweise des Kantonalen Amtes für Industrie, Gewerbe und Arbeit (KIGA) enthielt, welche im VAM-Vorstand für Aufregung sorgte. Die Arbeitsvermittlungstätigkeit des KIGA war ins Kreuzfeuer geraten, sowohl vom Standpunkt der Arbeitgeber wie auch vom Standpunkt der Erwerbslosen her gesehen. Dabei handelte es sich nicht um ein spezielles zugerisches Problem. Nationale Studien hatten die bestehenden Mängel längst analysiert, und auch der Beschluss der eigenössischen Räte, RAVs einzurichten, basierte auf diesen Erkenntnissen. Es gab also eigentlich keinen Grund dafür, dermassen «ingeschnappt» zu reagieren, wenn darauf aufmerksam gemacht wurde, dass auch im Kanton Zug die bisherige personelle Situation im KIGA die Vermittlungstätigkeit erschwert hat. Die Leidtragen-

den sind schliesslich die Erwerbslosen, die sich erfolglos um eine Arbeitsstelle bemühen.

VAM als Träger des RAV

Die Motion hatte einerseits die Absicht, die Einrichtung eines RAV in Zug möglichst breit, auch unter Einbezug der Erwerbslosen, abzustützen und andererseits die Eröffnung des RAV möglichst vorzuziehen. Letzteres ist leider nicht gelungen – die Eröffnung wird voraussichtlich Anfang November dieses Jahres sein, also nur zwei Monate vor Ablauf der dafür zur Verfügung stehenden Frist. Doch die Vernehmlassung erfolgte sehr sorgfältig. Zahlreiche Gespräche wurden geführt und verschiedene Versammlungen einberufen. Schliesslich kristallisierte sich der VAM als der geeignetste Träger für das RAV heraus. Die vorgesehene schlanke Struktur bietet am ehesten Gewähr für das Ausnutzen von Synergien und bereits gemachten Erfahrungen. Doch eines ist gewiss: der VAM wird bestimmt nicht arbeitslos. □

«Die Gegenwart ist nichts für die Sinne»

Die nachfolgende Rede hielt die alternative Kantonsrätin und Sekundarlehrerin Anne Ithen (Gleis 3 Risch-Rotkreuz) am 29. Februar anlässlich der Debatte zu zwei Interpellationen, die als Reaktion auf den Tod einer Rotkreuzer Sekundarschülerin nach dem Konsum von Ecstasy-Drogen eingereicht wurde. Wir drucken die Rede vollständig ab, weil wir der Meinung sind, dass sie ein grösseres Publikum als bloss den Kantonsrat verdient.

«Sehr geehrter Herr Präsident, Frau Vizepräsidentin, Geschätzte Frau Regierungsrätin, Herren Regierungsräte, Liebe Kollegen und Kolleginnen des Kantonsrates

Freundlich und mit einem breiten Lachen auf dem Gesicht grüsste mich noch kürzlich die junge Frau aus Rotkreuz, an die wir alle heute sicher denken. Wenige Tage später verstummte sie, und jetzt liegt sie begraben auf dem Friedhof. Ihr Tod macht mich sehr betroffen, ganz persönlich, aber auch als Lehrerin an ihrer Schule.



Anne Ithen.

Was mich bis heute nicht mehr loslässt und weshalb ich heute zu Ihnen spreche, ist die Frage, was ihr Tod für die Parlamentsarbeit bedeuten kann. Repressionspolitik? Präventionspolitik? Beide Ansätze stehen heute in diesem Raum. Zur Repression ganz kurz: Ich unterstütze gesetzgeberische und andere Massnahmen, die mithelfen, den Drogenhandel, die organisierte Kriminalität und das Waschen von Drogengeldern zu unterbinden. Solche Gelder gehören nicht in unseren Staat, auch nicht in den Kanton Zug. Finanzielle Bereicherung, die automatisch das Leben anderer gefährdet, lehne ich aufs Schärfste ab. Und die Prävention? Die betreiben wir doch, möchten Sie vielleicht einwenden. Der Kanton hat in unterschiedlichem Mass Gelder gesprochen an verschiedenste Organisationen und Institutionen, zu deren Aufgabenbereich Prävention ausdrücklich gehört:

- ◆ die Suchtpräventionsstelle
- ◆ die Jugend- und Drogenberatungsstelle
- ◆ die Alkohol- und Suchtberatungsstelle
- ◆ die Therapeutische Gemeinschaft 'Sennhütte'
- ◆ das Projekt 'Zopa'
- ◆ das begleitete Wohnen 'Lüssihaus'
- ◆ den Drogendelegierten
- ◆ die Aids-Hilfe
- ◆ die Gassenarbeit

Ist das aber wirklich alles, was wir als Parlament in Sachen Prävention leisten können? Die Prävention an Fachstellen für Prävention delegieren? Es ist eine sinnvolle Form, sicher. Gibt es aber nicht auch einen direkteren Weg der Einflussnahme? Ist es nicht so, dass wir mit jeder Vorlage, die wir beraten, direkt Einfluss nehmen können auf die Gegenwart, und vor allem auch auf die Zukunft? Machen wir das wirklich kinder- und jugendgerecht? Und was heisst das? Wenn Sie sich an Ihre ganz persönliche Zeit als Kind und Jugendliche oder Jugendlicher zurückerinnern, an Ihre Kinderwelt und an die Welt der Nachbarskinder oder Schulkameraden und -kameradinnen, und wenn Sie jene Welt vergleichen mit der heutigen Welt, in der Kinder und Jugendliche aufwachsen, vielleicht sogar ihre eigenen Kinder oder deren Freundeskreis, worin liegt der zentrale Unterschied?

Ist es nicht so, dass wir alle noch eher die Möglichkeit

hatten, unsere Welt echt, 1:1, zu erfahren, mit allen Sinnen zu erleben, darin zu handeln und Verantwortung zu tragen? Überlegen Sie sich folgende Beispiele:

- ◆ Könnten Sie heute noch an denselben Orten wie damals spielen, im gleichen Umfang austoben?
- ◆ Konnten Sie die Arbeit Ihrer Eltern direkt nachvollziehen?
- ◆ Trugen Sie Mitverantwortung für mehrere Geschwister? Und wie ist es heute?
- ◆ Die durchschnittliche Schweizer Familie hat ca. 1,5 Kinder, keine Chance also, Verantwortung für die Geschwister zu üben und eine wichtige Funktion einzunehmen.
- ◆ Viele Eltern-Arbeitsplätze dürfen von Kindern, selbst Jugendlichen, gar nicht besucht werden.
- ◆ Spielen findet heutzutage vornehmlich auf speziell zugewiesenen Plätzen statt, sofern es sie überhaupt gibt. Wo bleibt hier die sinnliche Wahrnehmung, der Spass und die Freude an der Auseinandersetzung mit der eigenen Welt, die Lebensfreude schlechthin? Kein Wunder, wenden sich Kinder und Jugendliche immer mehr einer künstlichen Welt zu, einer Scheinwelt, einer vermittelten, konsumierbaren Welt, einer Ersatzwelt, einer Welt, die sich per Medien abrufen lässt, einer Simulation des Lebens.

Die echte Welt geht unterdessen zugrunde:

- ◆ Die Wälder sterben.
- ◆ Die Böden versauern.
- ◆ Trinkwasser muss aufbereitet werden.
- ◆ Der See vor diesem Saal ist verschmutzt. Einen Teil seiner Fische erhalten wir durch Fischbrutanstalten.
- ◆ Die Luft ist krank. Die Messungen zeigen es, an den Flechten sehen wir es, und jetzt wissen wir es gemäss Uno-Bericht auch offiziell: Menschen sterben an den Folgen der Luftverschmutzung.
- ◆ Die Wiesen verarmen oder verschwinden ganz. Im Schlittelhügel der Kinder wühlt der Bagger. Kinderbedürfnisse sind nicht zonenkonform.

Die Gegenwart ist nichts für die Sinne: Atmen ist gefährlich, die Haut der Sonne aussetzen ebenfalls. Was soll dann die Zukunft? No future? Was macht so noch Spass, was Freude? Der Name der vieldiskutierten Designerdroge ist sehr treffend: Auch die "Ekstase" wird nun künstlich, in Pillenform, zugeführt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen

- ◆ Es gibt kein kantonales Büro für die Gleichstellung von Kinderbedürfnissen.
 - ◆ Es gibt keine Vernehmlassungsrunden bei Kindern.
 - ◆ Es gibt kein zugerisches Jugendparlament.
- Es liegt folglich vorderhand alleine an uns, jeden Gesetzesentwurf und jeden Kantonsratsbeschluss auf seine Kinder- und Jugendlichen-tauglichkeit zu prüfen, quasi einem Kinder- und Jugendlichen-verträglichkeitstest zu unterziehen. Dazu braucht es viel Ehrlichkeit und oftmals einigen Mut. Beides wünsche ich uns allen.» □

Hin zur Zweiklassenmedizin?

Die Geschichtsschreibung zählt mehr als 10 Jahre der Diskussion um die Spitalplanung im Kanton Zug. Werden vier, drei oder zwei Spitäler subventioniert? Brauchen die ZugerInnen 420, 340 oder nur 280 Betten? Sollen wir uns gar ein neues Zentralspital auf dem Gaswerkareal leisten? Welche Behandlung und was für einen Spitalkomfort sollen PrivatpatientInnen erhalten und was bekommen Allgemeinversicherte? Was bedeutet die Anschaffung des MRT für die PatientInnen des Kantonsspitals?

Manuela Weichelt*

1987 beschloss der Kantonsrat (KR), nur noch drei der vier Zuger Spitäler zu subventionieren. Das Volk war damit nicht einverstanden und beschloss mit einem Stimmenverhältnis von 2:1, alle Zuger Kliniken weiterhin zu subventionieren. Wäre der Volksentscheid umgesetzt worden, hätte dieser Entscheid neben den Betriebskosten auch enorme Baukosten zur Folge gehabt. Alle vier Spitäler sind sanierungsbedürftig.

Der KR verlangte 1991 aufgrund der Kostensteigerung im Spitalwesen eine erneute Überprüfung der Spitalplanung. Anhand dieser entschied er 1994, nur noch zwei der vier Spitäler zu subventionieren. So werden in Zukunft nur noch das Kantonsspital und das Spital Baar einen Leistungsauftrag des Kantons haben. Die Subventionierung des Spitals Cham endet am 30. September 1996 und die der Klinik Liebfrauenhof spätestens Mitte 1999.

4-2=4 ?

Nun zog letzten Herbst die AMI (American Medical International) nach Cham, sie wird im September 1996 eine neue Akutklinik eröffnen. Auch die Klinik Liebfrauenhof AG möchte ihr Spital nach 1999 ebenfalls weiterführen.

Bis Mitte 1996 muss unsere Regierung die Spitalliste erstellt haben. Diese Liste regelt die Leistungsauf-

träge für eine bedarfsgerechte Spitalversorgung. Leistungen, die von Institutionen ohne Auftrag angeboten werden, dürfen von der obligatorischen Krankenversicherung nicht übernommen werden. Die Existenz der Kliniken hängt von dieser Liste ab; kein Wunder also, wird die AMI-Klinik kämpfen, um von der Regierung einen Leistungsauftrag zu erhalten. Setzt die Regierung aber die Privatkliniken auf die Spitalliste, wird die Spitalplanung nur noch Makulatur sein. Der Subventionierung von mehr als zwei Spitalern wären die Türen wieder geöffnet.

Bettenplanung

Die Spitalplanung sieht einen Bettenabbau von 480 auf 340 vor. Das Kantonsspital soll 196 und das Spital Baar 144 Betten bereit stellen. Die Sanitätsdirektion prüft bereits einen weiteren Abbau auf 280 Betten. Ist ein derart krasser Bettenabbau von 42% problemlos? Ich meine Nein.

Das Kantonsspital wies 1995 eine durchschnittliche Auslastung von 78% aus. Eine 100%ige Auslastung darf nicht angestrebt werden, wenn wir nicht von öffentlichen Spitalern mangels freien Betten abgewiesen werden oder gar in der Besenkammer übernachten möchten. Eine ausserkantonale Hospitalisation ist für den Kanton durch das neue KVG (Krankenversicherungsgesetz) sehr teuer. Es wird nur bezahlt, was im eigenen Kanton nicht angeboten wird. Die gute Auslastung unserer Spitäler

rechtfertigt einen derart krassen Bettenabbau nicht. Wir werden auch in Zukunft im Durchschnitt weder jünger noch gesünder werden. Es ist auch nicht anzunehmen, dass die Folgen der fehlenden Betten von der Spitex und den Pflegeheimen aufgefangen werden können; vor allem nicht im Bereich der Akutmedizin.

Ab 1999 wird das Kantonsspital während 68 Monaten saniert werden. Während dieser Zeit entsteht ein Manko von 45 Betten, das durch ein Bettenprovisorium mit 32 Betten aufgefangen wird. Während der langen Umbauphase wird das Kantonsspital nur etwa 178 Betten anbieten können. Das Provisorium soll bereits Herbst 1996 bezugsbereit sein. Die geplante Erweiterung von 58 Betten in Baar wurde sistiert. Schauen wir nach Mitte 1999 einer Unterversorgung mit 264 Betten entgegen – an Stelle der in der Spitalplanung vorgesehenen 340 oder der neuen Variante von 280 Betten? Wo werden die zusätzlich benötigten Betten bereitgestellt – etwa in Cham? Müssten wir dann die AMI doch subventionieren?

Zentrumsspital

Im Februar 1996 reichte die Staatswirtschaftskommission eine Motion betreffend Weiterführung der zugerischen Spitalplanung ein, welche der KR als sofort erheblich erklärte. Der Regierungsrat muss jetzt die Zusammenführung des Kantonsspitals und des Spitals Baar unter einer nach privatwirtschaftlichen Grundsätzen geführten Trä-

gerschaft überprüfen. Weiter soll die Möglichkeit eines Zentrumsspitals untersucht werden, da die bestehenden Spitäler sanierungsbedürftig sind. Am gleichen Tag genehmigte der KR einen Beitrag von 2,28 Millionen Franken an das Bettenprovisorium. Was steht hinter dieser Motion? Sicher liegt sie im Trend von «weg vom Staat und hin zur Privatisierung». Es kann nicht allen Ernstes in Betracht gezogen werden, dass ein neues Zentrumsspital kostengünstiger sein soll als zwei bereits bestehende Spitäler, die zwar sanierungsbedürftig sind, aber noch keine Bauruinen.

MRT als öffentliches Ärgernis

Einfach war auch für mich der Entscheid betreffend Anschaffung eines MRT (Magnet-Resonanz-Tomograph) am Kantonsspital nicht. Der Entscheid betraf nicht einfach die Frage «Wollen wir dieses Gerät oder nicht?», sondern es ging um weit mehr.

1. Ein MRT-Gerät gehört (ob wir es für sinnvoll halten oder nicht) bereits zur Standardeinrichtung an einem Spital mit Zentrumsfunktion. Auch der Kantonsratsbeschluss betreffend Aufgabenbereich der subventionierten Krankenhäuser vom 29. September 1994 hält fest, dass das Schwerpunkt-Röntgeninstitut inkl. Nuklearmedizin nur im Kantonsspital geführt wird.

2. Mit Erstaunen mussten wir zur Kenntnis nehmen, dass die AMI-Klinik im Oktober 1995 ein Röntgeninstitut mit Computer-Tomograph, Mammo- & Sonographie eröffnet hat. Weder Krankenkassen noch PolitikerInnen wiesen damals auf diese Überversorgung und den volkswirtschaftlichen Unsinn eines zweites Röntgeninstitutes im Kanton hin. Die Anschaffung eines MRT für das Kantonsspital war seit längerem geplant. Der Kauf sollte aber bis zum



Kommt anstelle des heutigen Kantonsspitals ein Zentrumsspital?

■ Bild Bulletin

Antritt des neuen Chefarztes (Juli 95) warten. Zu Recht wurden Diskussionen über Sinn und Unsinn eines weiteren MRT geführt. Leider konnten die Krankenkassen keine Angaben über die Anzahl der bisherigen MRT-Untersuchungen bei ZugerInnen machen. Die Krankenkassen planen sogar den privaten Institutionen 100% für eine MRT-Untersuchung, den öffentlichen Spitalern aber nur 75% zu bezahlen. Weshalb?

3. Das alte MRT-Gerät der AMI-Klinik wird in etwa zwei Jahren bereits wieder ersetzt werden müssen. Dann wird es sich zeigen, ob es für die AMI noch lukrativ ist, ein neues zu kaufen.

4. Damit die Spitalplanung, wie ich weiter oben ausgeführt habe, nicht zu Makulatur wird, muss das Kantonsspital wettbewerbsfähig bleiben.

- ◆ Das Röntgeninstitut ist ein gewinnbringender Zweig.
- ◆ Das Kantonsspital hat 32% PrivatpatientInnen, die 61% der Erträge der stationären PatientIn-

nen bringen.

Das heisst, sowohl das Röntgeninstitut als auch die PrivatpatientInnen müssen dem subventionierten Kantonsspital erhalten bleiben.

5. Ohne MRT am Kantonsspital müssten HausärztInnen die PrivatpatientInnen an die AMI-Klinik verweisen, wo sie dann auch mit grosser Wahrscheinlichkeit für eine Behandlung bleiben würden. Nur die AllgemeinpatientInnen kämen zurück zum subventionierten Kantonsspital. Für dieses hätte das ein grösseres Defizit zur Folge, was nach kürzester Zeit zu einer Qualitätsverschlechterung in der Behandlung und Betreuung von den noch verbliebenen AllgemeinpatientInnen führen würde.

Um die bisherige Spitalplanung nicht zu unterlaufen und einer Zweiklassenmedizin entgegenzuwirken, musste ich mich für einen MRT am Kantonsspital einsetzen. □

* Kantonsrätin Frische Brise Steinhausen

Leserinnenbrief

Liebe Bulletin-MacherInnen

Auf der Rückseite des Bulletins 4/95 war eine geschmacklose Illustration abgebildet, die mich in ihrer Aussage und in der Art der Darstellung verletzt hat. Es handelte sich um einen Mann am Kreuz, der allmählich im Treibsand versank. Der Schluss, dass mit diesem Comics der Tod Jesu am Kreuz lächerlich gemacht werden sollte, liegt nahe. Ich verstehe nicht, warum das SGA-Bulletin so etwas abdruckt. Einen Bezug zum Inhalt der Nummer konnte ich nicht finden.

Was mich am meisten wundert, ist die Tatsache, dass ich offenbar die einzige bin, die an dieser Illustration Anstoss nahm. Von mir darauf angesprochene Personen hatten diesen Comics entweder nicht beachtet oder sofort wieder vergessen. Immerhin fand ich auch niemanden, der ihn nicht auch etwas geschmacklos gefunden hätte. Wenn ich mir vorstelle, Welch ein Aufschrei – zu Recht – durch unsere Reihen gegangen wäre, hätte sich der Comics über Frauen oder über Menschen anderer Hautfarbe lustig gemacht, so stellt sich mir die Frage: Was ist eigentlich los? Welchen Bezug haben wir zu unserer Kultur und unserer Religion? Weshalb fordern wir einerseits Respekt für uns fremde Kulturen und Religionen und gehen andererseits so grobschlächtig mit unseren eigenen Wurzeln um?

Sybilla Schmid

AZB 6300 Zug 1

Adressänderungen und Retouren an SGA, Postfach 829, 6301 Zug

veranstaltungen

april |

- Mi 3. **Amnesty International Zug: Monatssitzung**
Stadt- und Kantonsbibliothek (3.Stock), 19.30h
- Mo 15. **Veranstaltung der SGA-Zug zum Mitwirkungsverfahren Stadtverkehr**
Ort und Zeit bitte der Tagespresse entnehmen
- Mi 17. **Jazz-Brunch: Eliane Cueni Gittakahlo Quartett**
Altstadthalle Zug, 19.30h
- Do 25. **Weniger Militär – mehr Demokratie. Unterschriftensammlung**
Metalliareal Zug, 17.30h – 19.30h (Info: SGA-Sekretariat)
- Fr 26. **Weniger Militär – mehr Demokratie. Unterschriftensammlung**
Metalliareal Zug, 16.30h – 18.30h (Infos: SGA-Sekretariat)
- Sa 27. **Weniger Militär – mehr Demokratie. Unterschriftensammlung**
Metalliareal Zug, 10.00h – 16.00h (Infos: SGA-Sekretariat)

mai |

- Mi 1. **Amnesty International Zug: Monatssitzung**
Stadt- und Kantonsbibliothek (3.Stock), 19.30h
- Fr 3. **WWF Zug: GV – Film «Ex Voto» von Erich Langjahr**
Burgbachkeller Zug, 19.30h: GV, 20.30h: Film
- Mi 8. **VCS Sektion Zug: Generalversammlung**
Restaurant Bären Zug
- Sa 11. **Graffiti Art '96: Live-Leinwand-Spraying**
Landsgemeindeplatz Zug, ab 12.00h
- Sa 11. **Graffiti Art '96: Ausstellung (täglich bis 19. Mai)**
Galvanik Zug, Di - So, 20.00h – 2.00h.
- So 12. **Graffiti Art '96: Live-Leinwand-Spraying.**
Landsgemeindeplatz Zug, ab 12.00h
- Do 23. **Konzert: Il Gran Teatro Amaro. Poetischer Musikmix**
Galvanik Zug, 21.00h

juni |

- Sa 1. **Früschluft-Fäscht**
Jugi Zug, näheres siehe Tagespresse
- Fr 14. **Asyl-Brücke Zug: Film: «Letters to Srebrenica»**
Theater im Burgbachkeller Zug, 20.30h
- Sa 15. **Asyl-Brücke Zug: Multikulti-Fest mit Musik und Essen**
Landsgemeindeplatz Zug, ab 16.00h

Schickt uns Eure Fichen

In der nächsten Nummer ist ein Artikel über die Auswertung der Zuger Fichen vorgesehen. Bitte schickt deshalb eine Kopie Eurer Fichen und Eurer Dossiers an: SGA, Postfach 829, 6301 Zug. Sämtliche Informationen werden vertraulich behandelt.